

Bei der Beschäftigung mit den in der Unterschicht geführten Interviews des Projekts „Elternhaus und Schule“ zeigte sich bei der Rekonstruktion der Logik der Argumentation durchgängig der folgende Sachverhalt. Zwischen Äußerungen über die allgemeine politische und gesellschaftliche Situation und Erfahrungsberichten über das konkrete eigene, mit dem Arbeitsleben zusammenhängende Schicksal ließ sich ein eigentümlicher Bruch feststellen. Versuchte man, die hinter den Äußerungen zur allgemeinen politischen Lage mehr oder weniger konsistent liegenden Modelle der gedachten gesellschaftlichen Ordnung bzw. quasigesellschaftstheoretischen Entwürfe zur Explikation zu bringen und auf der anderen Seite das der Interpretation des eigenen Lebensschicksals wie fragmentarisch auch immer zugrundeliegende Denkmodell herauszupräparieren, so ließen sich zwischen diesen beiden Ebenen der Sinnexplikation häufig keine oder nur geringe Konsistenzbeziehungen herstellen. Sehr häufig fand man zum Beispiel auf der Ebene allgemeiner Urteile über gesellschaftspolitische Sachverhalte Argumentationselemente eines eher rechtsreformistischen gewerkschaftlichen Ordnungsmodells, wie es auch der Begründung gewerkschaftlichen Handelns im gesellschaftspolitisch beschränkten Rahmen der Tarifautonomie im Hinblick auf die Zielsetzungen von Lohnerhöhung und Sicherung der Arbeitsplätze unterliegt. Demgegenüber wiesen die vergleichsweise rohen Interpretationen konkreter eigener Erfahrungen im Arbeitsleben zumindestens partiell auf ein latent nach wie vor wirksames Klassenbewußtsein hin. Mithin stellt sich hier das Problem der unterbrochenen Vermittlung zwischen den für die Legitimation des politischen Systems relevanten subjektiven Meinungen und der durch die objektive Struktur des Arbeitsverhältnisses induzierten konkreten Erfahrungen in ihrer Relation zum objektiven Klasseninteresse. Dieses Problem läßt sich mit einer gewissen Plausibilität dem allgemein theoretischen Problem der Vermittlung von subjektivem Motiv und objektivem Interesse subsumieren, wie es sich beispielsweise durchgängig in parlamentarischen Demokratien insoweit stellt, als die Daten aus den westeuropäischen Ländern zeigen, daß zwischen den die individuelle Stimmabgabe bestimmenden politischen Einstellungen und den Formen der Beteiligung am Arbeitskampf ein wechselseitiger „Transfer“ kaum stattfindet. Dieses Problem hat

jedoch nicht nur politische Dimensionen, sondern es verweist, was hier im Vordergrund steht, auf für die Angehörigen der Unterschicht spezifische Schwierigkeiten, die konkrete „Roherfahrung“ (Kluge/Negt) kategorial konsistent in ein allgemein anerkanntes Sprach- und Interpretationsmuster zu transponieren und so in den eigenen Bildungsprozeß strukturierend eingehen zu lassen.

Zur näheren Charakterisierung des zuvor explizierten einfachen Sachverhalts verweise ich auf die exemplarische Analyse des Bergmanns Ralle in meiner Diplomarbeit. Ich möchte in der geplanten Dissertation von diesem empirischen Sachverhalt ausgehen und dessen theoretisch relevante Problemdimensionen herausarbeiten.

Im folgenden versuche ich, weniger systematisch als interpretatorisch-explorativ aus einer gesellschaftstheoretischen und einer im engeren Sinne wissenssoziologischen Perspektive Annahmen zu formulieren, die diesen Sachverhalt zu deuten in der Lage sind. Ich möchte damit einen vorläufigen theoretischen Ansatz für den eingeschränkten empirischen Teil der geplanten Arbeit gewinnen. Anders formuliert: Die theoretischen Vorüberlegungen dienen vornehmlich dazu, die soziologisch-theoretische Relevanz des induktiv gefundenen Phänomens auszuleuchten. Sie sollten nicht dahingehend mißverstanden werden, daß sie in der geplanten Arbeit selbst umfassend geprüft und untersucht werden. Die geplante Arbeit versteht sich zugleich vornehmlich als ein Beitrag zur Analyse von Folgerungen aus dem Deutungsmuster-Ansatz.

I. Gesellschaftstheoretische Vorüberlegungen

a) Kritik der Forschungen zum Gesellschaftsbild des Arbeiters

Für die Rekonstruktion des Gesellschaftsbilds des Arbeiters, hinter der immer die Frage nach dem Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Klassenbewußtsein stand, ist die Fragestellung der Arbeit unmittelbar relevant. Der angesprochene Sachverhalt von Inkonsistenzen zwischen Gesellschaftsbild indizierenden Äußerungen der Arbeiter ist als solcher in neuerer Zeit auch

andernorts (Herkomer) konstatiert worden. Es reicht jedoch nicht aus, deskriptiv dabei stehen zu bleiben, wenn nicht die Interpretation der Daten ungewollt zu einer normativen Feststellung mangelnder Rationalität im Arbeiterbewußtsein sich verwandeln soll. Aus der Perspektive des Deutungsmuster-Ansatzes stellt sich als Hauptaufgabe der Rekonstruktion, von der Feststellung der Inkonsistenzen zur Explikation der latenten Interpretationsregeln und Geltungsstandards überzugehen, auf deren Folie den Angehörigen der Unterschicht die Inkonsistenzen durchaus als konsistent erscheinen. Anders ausgedrückt: Da methodologisch gesehen die soziologische Feststellung von Inkonsistenzen in Äußerungen der Befragten eine alternative konsistente Interpretation (in der Regel soziologische Theorien) desselben Sachverhalts zwingend unterstellt und zugleich im Rahmen des Deutungsmuster-Ansatzes gezeigt werden kann, daß soziologische Hypothesen ein Deutungsmuster unter vielen darstellt bzw. erkenntnislogisch von Interpretationsmustern des Alltagslebens systematisch nicht unterschieden werden kann, kommt es darauf an, die den vermeintlichen Inkonsistenzen des Arbeiterbewußtseins zugrundeliegenden latenten Alltagstheorien bzw. latenten Standards der Rationalität zu rekonstruieren.

Diese theoretische und zugleich methodologische Zielsetzung ist meines Erachtens in den bekannten Untersuchungen zum Gesellschaftsbild des Arbeiters bzw. zum Arbeiterbewußtsein nach zwei verschiedenen Richtungen hin verfehlt worden. Auf der einen Seite (Popitz, Bahrtdt) sind bei der Rekonstruktion des Gesellschaftsbildes ausformulierte politische Theorien zur Bemessungsgrundlage des Sinns der Äußerungen der Befragten gewissermaßen zu aprioristisch herangezogen worden und zugleich zu sehr nur kognitiv oberflächliche Meinungen zu allgemeinen politischen „issues“ als Daten verwendet worden. Bezogen auf den eingangs charakterisierten Sachverhalt führt das dazu, daß die Ebene, auf der, wie gebrochen auch immer, Klassenbewußtsein sich manifestiert, systematisch verfehlt wird. Zum Beispiel würde man fälschlicherweise aus den Äußerungen, die sich an einem rechtsreformistischen gewerkschaftlichen Ordnungsmodell orientieren

auf eine Auflösung des Klassenbewußtseins und dessen Integration in ein am Modell der sozialen Marktwirtschaft orientiertes Denken schließen. Wenn man Gesellschaftsbilder gewissermaßen nur als „cognitive maps“ der Befragten faktisch behandelt, kommt man zwangsläufig zu verkürzten Ergebnissen und stößt zu den zugegebenermaßen wenig expliziten, aber faktisch operativen Standards der Rationalität nicht vor.

Auf der anderen Seite (z.B. Schumann/Kern in der Einleitung) werden die Inkonsistenzen, die sich in einer Interpretation in terms vorgegebener politischer Theorien nicht fügen, voreilig auf psychoanalytisch begriffene Vorurteils- und Motivstrukturen zurückgeführt und damit a priori das entsprechende Denken der Arbeiter in der Konsequenz als irrational begriffen. Die Möglichkeit, daß nicht durch Sozialisation vermittelte, letztlich triebenergetisch bestimmte Dispositionen, sondern alternative Erfahrungsregeln hinter den Inkonsistenzen stehen, wird nicht genügend verfolgt. Anders ausgedrückt: Aus dem Umstand, daß die für Arbeiter spezifische Form der Erfahrbarkeit ihrer Klassenlage sich den theoretischen Konstruktionen, welcher sozialwissenschaftlichen Richtung auch immer, nicht umstandslos fügen, kann nicht schon gefolgert werden, daß sie eine konsistente theoretisch rekonstruierbare Argumentationsstruktur nicht haben. Andernfalls würde man sich der Gefahr aussetzen, eine den soziologischen Theorieansätzen, die selbst kulturspezifische Erfahrungen akzentuieren, supponierte Rationalität ungeprüft zu hypostasieren und sich damit objektiv dem Ideologieverdacht aussetzen. Im Deutungsmuster-Ansatz wird von Anfang an das Alltagswissen den sozialwissenschaftlichen Theorien als Basis der kritischen Erfahrung gegenübergestellt, weil sich zeigen läßt, daß Erfahrungskrisen der Theorie sich innerhalb der Wissenschaften selbst ohne Rekurs auf das Alltagswissen nicht lösen lassen. Von daher bietet sich die alternative Betrachtung an, daß den spezifischen, strukturinduzierten Alltagserfahrungen der Arbeiter ihre Sprach- und Deutungsmuster abhanden gekommen sind, bzw. sie nur in den auf eine strukturell andere Erfahrungswelt zurückgehenden Interpretationsmustern geäußert werden können und von daher als inkonsistent

erscheinen. So gesehen kommt der eingangs genannten Diskrepanz zwischen der Struktur allgemeiner politischer Meinungen und der Struktur der Verarbeitung konkreter „Roherfahrungen“ eine besondere Bedeutung zu.

Grundsätzlich lassen sich an dieser Stelle zwei Entscheidungen treffen. Auf der einen Seite kann man diese Diskrepanz damit erklären, daß die objektiven Daten der Erfahrung und damit die Struktur des Klassenverhältnisses selbst sich so geändert haben, daß eine dem theoretisch unterstellbaren Klassenbewußtsein korrespondierende Erfahrungssprache gleichzeitig verschwunden ist, weil ihr der Referent verlorengegangen ist. Auf der anderen Seite unterstellt man, daß das Klassenverhältnis selbst grundsätzlich bestehen geblieben ist, die ihm korrespondierenden Sprach- und Deutungsmuster aber aus noch anzugebenden Gründen „unterdrückt“ worden sind oder obsolet geworden sind. Ohne dogmatisch nach der Art des Ableitungsmarxismus am traditionellen Bild der Klassengesellschaft festhalten zu wollen, entscheide ich mich – zunächst heuristisch – für die zweite Betrachtungsweise, weil das Datum, von dem die Arbeit ihren Ausgang nimmt, selbst zumindestens Partikel eines noch vorhandenen, auf konkrete Erfahrungen zurückgehenden Klassenbewußtseins dokumentiert und weil zum anderen für ein Verschwinden des Klassenantagonismus bei Berücksichtigung vielfältiger Daten wenig spricht (Tjaden/Steinhauer, Osterland et al., Projekt Klassenanalyse).

b) Zur Handlungsbereichsspezifizität von Deutungsmustern

Deutungsmuster bzw. Deutungsmusterelemente lassen sich nach ihrer Politiknähe und -ferne unterscheiden. Sie können primär für die Interpretation von Alltagsproblemen im unmittelbaren quasi-privaten Handlungsfeld von Familie, Freizeit und Arbeitswelt oder primär für die Beurteilung und Interpretation gesellschaftlich-allgemeiner Sachverhalte, z.B. für die Interpretation von Ungleichheit, von politischer Herrschaft, von Parteien, Interessenverbänden etc. zuständig sein. Den Privatbereich strukturierende Deutungsmuster können subkulturell stark variieren, z.B. in hohem Maße durch historische Ungleichzeitigkeit geprägt

sein, ohne daß die Legitimation des politischen Systems dadurch berührt würde. Sie können indirekt in dieser Variation sogar Unvereinbarkeiten der konkreten Lebenslage mit den Maximen der politisch relevanten weil herrschaftssichernden Deutungsmuster absorbieren. Politische Relevanz können sie selbst nur partiell und dann zeitlich begrenzt in Phasen der Fokussierung von Alltagsproblemen im Kontext von Folgeproblemen struktureller Veränderungen gewinnen (z.B. Wohnprobleme im Gefolge von Altstadtanierung). Politisch relevante Deutungsmuster haben dagegen per definitionem eine unmittelbar legitimatorische Funktion. Allgemein läßt sich nun postulieren, daß spätkapitalistische Demokratien wie industriell hoch entwickelte sozialistische Systeme auf einen hohen Grad der Gemeinsamkeit politisch relevanter Deutungsmuster für die gesamte Bevölkerung auch gegen das Bestehen erheblicher struktureller Differenzierungen angewiesen sind. Ihre politische Stabilität korrespondiert direkt mit dem Niveau der Integration der politisch relevanten Interpretationsmuster in den verschiedenen Klassen, Schichten und subkulturellen Milieus. Eine entsprechende Integration der alltagsnahen, die subkulturellen Lebenswelten kennzeichnenden Deutungsmuster kann damit nicht einhergehen, solange die ihnen zugrundeliegenden strukturellen Differenzierungen bestehen. Daraus ergibt sich das Problem, daß zumindestens für einige strukturelle Aggregate eine sinnlogische Diskrepanz zwischen den alltagsnahen und den politisch relevanten Deutungsmustern angenommen werden muß, weil das hohe Integrationsniveau der letzteren nicht um den Preis ihrer nicht-selektiven, bloßen Reduktion auf ihren inhaltsarmen gemeinsamen Nenner erkaufte werden kann.

Für die Gegenwart der BRD wie auch für die Gegenwart der übrigen westeuropäischen Länder lassen die einschlägigen Daten nach wie vor ein - im übrigen nicht verwunderliches - hohes Maß an schichtspezifischer und subkultureller Differenzierung von sozialen Lebenswelten erkennen. Zumindest für die BRD spricht dagegen vieles für ein hohes Integrationsniveau der zugelassenen politisch relevanten Deutungsmuster. Das würde bedeuten, daß für die subkulturelle Lebenswelt der Unterschichten der Sinn der

Interpretation politischer Sachverhalte nur partiell oder gar nicht mit dem Sinn alltagsnaher lebensweltrlicher Interpretationen integriert ist.

Um diesen Sachverhalt genauer zu fassen, führe ich an dieser Stelle zu heuristischen Zwecken den Begriff von „zwei Kulturen“ politisch relevanter Argumentation ein. Mit der „ersten Kultur“ sollen die Sprach- und Deutungsmuster bezeichnet werden, in denen die Entwürfe der bürgerlichen Gesellschaft aufgehoben sind. Mit der „zweiten Kultur“ soll dagegen das Sprach- und Interpretationspotential einer klassenbewußt organisierten „working class“ gemeint sein. Es sollte von Anfang an klar sein, daß hier der Begriff der Kultur nicht oder nur partiell im üblichen sozialwissenschaftlichen Sinne gebraucht wird. In Ermangelung eines besseren Begriffs sollen damit die über die festgeschriebene Programmatik von Parteien und Verbänden hinausgehenden „Diskurswelten“ bezeichnet werden, in denen politische Sachverhalte, Gruppeninteressen und das Gemeinwohl betreffende Wertvorstellungen zur Explikation gebracht werden können.

Im folgenden ist das Verhältnis von „erster und zweiter Kultur“ unter Bedingungen eines strukturellen Zwangs zur Integration politisch relevanter Deutungsmuster genauer zu betrachten.

c) Klassenstruktur und politisches Integrationsniveau demokratisch verfaßter Gesellschaften

Wenn hier von Integrationsniveau die Rede ist, dann bezieht sich dieser Term nicht auf die Ebene der objektiven strukturellen Ausdifferenzierung des Gesellschaftssystems, sondern auf die Ebene der Ideologien, Deutungsmuster und Argumentationsbestände, die für die Legitimation der politischen Herrschaft und den Bestand des politischen Systems zentral sind. Dabei wird von vornherein zumindest eine gewisse Unabhängigkeit dieser häufig ausschließlich als Überbau-Phänomene betrachteten Systemeigenschaften von den sogenannten Strukturbedingungen unterstellt und mithin ein hohes Integrationsniveau auf der Ebene der soziokulturellen Legitimationsbestände bei einem gleichzeitig stark ausgeprägten antagonistischem Verhältnis zwischen den ökonomisch

determinierten Strukturaggregaten empirisch für möglich gehalten (vgl. ähnliche Überlegungen in D. Lockwood, System Integration and System Conflict. In: Zollschan/Hirsch, Explorations in Social Change). In diesem Sinne liegt ein hohes Integrationsniveau dann vor, wenn die Beschaffung von Legitimation für Entscheidungen des politischen Systems - von allgemeinen Wahlen bis hin zu einzelnen Verwaltungsakten - über wenige allgemein anerkannte Grundwerte und eingespielte politische Deutungs- und Sprachformeln hergestellt werden kann, für die ein hohes Maß an Konsensus beim überwiegenden Teil der Bevölkerung unterstellt werden kann. Spezifischer gesprochen: In Demokratien mit hohem Integrationsniveau müssen politische Entscheidungsalternativen in der Regel als konkurrierende Auslegungen eines gemeinsamen Vorrats von Ideologien, Wertorientierungen und verfassungspolitischen Grundorientierungen darstellbar sein. (Exkurs: Wenn in Wahlkämpfen der BRD jüngst Wahlentscheidungen als Alternativen zwischen „Freiheit oder Sozialismus“ ausgegeben werden, dann kann das nicht als Indikator für ein geringes Integrationsniveau interpretiert werden. Diese Deutungsformel muß vielmehr umgekehrt aus den Zwängen einer Argumentationslogik in Gesellschaften mit hohem Integrationsniveau abgeleitet werden: Die Wirksamkeit des politischen Angriffs wird darin gesehen, daß dem politischen Gegner der Boden für die Darstellbarkeit seines Programms als alternative Ausdeutung der dominanten Legitimationsinhalte entzogen werden soll. Zu den Erfolgsbedingungen dieses Kalküls gehört aber gerade, daß der politische Gegner diesen Anspruch der Begründung seiner Programmatik im Kontext gemeinsamer Grundwerte stellt und auch faktisch bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung wirksam stellen kann. In Gesellschaften mit niedrigem Integrationsniveau stehen dagegen die Parteien als Repräsentanten verschiedener antagonistisch zueinander stehender Kulturen eher umgekehrt unter dem Zwang auch der Sache nach mindere politische Divergenzen in Wahlkämpfen als Elemente einer grundsätzlichen Divergenz in der gesellschaftspolitischen Konzeption ausgeben zu müssen. In dieser Hinsicht ist die jüngste Aufgabe des Prinzips der Diktatur des Proletariats in der Programmatik der KPF eine interessante und dramatische Veränderung des politischen Systems in Frankreich in Richtung auf eine

Erhöhung des politischen Integrationsniveaus und eine Einstellung auf die politische Argumentationslogik im Sinne des ersten Modells.)

In industriell entwickelten Gesellschaften mit parlamentarisch demokratischen politischen Systemen scheint allgemein ein Zwang zur Entwicklung eines hohen Integrationsniveaus politischer Deutungsmuster und Kulturen zu bestehen, so sehr, daß fraglich bleiben muß, inwieweit das Merkmal des hohen Integrationsniveaus für parlamentarische Demokratien konstitutiv oder eine empirisch sehr wahrscheinlichere Begleiterscheinung darstellt. Zumindestens läßt sich plausibel machen, daß ein hohes Integrationsniveau mit einem hohen Entwicklungsstand des Systems sozialer Sicherung einhergeht und letzterer wiederum zur entscheidenden Voraussetzung für die Stabilität parlamentarischer Demokratien gemacht werden muß.

Ein geringes Integrationsniveau von politischen Kulturen kann theoretisch verschiedene, sehr unterschiedliche Erscheinungsformen annehmen. Für demokratisch verfaßte industrielle Gesellschaften westlicher Prägung ist historisch die Klassengesellschaft mit zwei im antagonistischen Verhältnis zueinander stehenden politischen Kulturen als dominant anzusehen. Idealtypisierend verkürzt, d.h. von historisch durchaus wichtigen inneren Differenzierungen, etwa zwischen ständisch-konservativ geprägten und bürgerlich-liberalistisch ausgerichteten Weltbildern, abstrahierend, kann man im hier in Rede stehenden Zusammenhang eine bürgerlich-republikanisch-liberale politische Kultur und ihre Varianten als erste Kultur bezeichnen und die politischen Traditionen der Arbeiterbewegung und des Industrieproletariats in ihren verschiedenen Akzentuierungen, seien sie kommunistisch, sozialistisch, syndikalistisch, anarchistisch, sozialdemokratisch, als zweite Kultur gelten lassen. Unter Bedingungen eines hohen Integrationsniveaus muß das antagonistische Verhältnis zwischen diesen beiden Kulturen aufgegeben werden. Zumindest muß, wenn nicht eine der beiden Kulturen zum allgemeinen politischen Argumentationsbestand wird, ein neues Deutungssystem entwickelt werden, das sich historisch an

eine der beiden Kulturen dominant anschließt und die andere absorbiert oder unterdrückt. Fügt man die Annahme hinzu, daß die strukturellen Voraussetzungen für die Ausbildung von zwei politischen Kulturen in der kapitalistischen Gesellschaft dem Wesen nach fortbestehen, so folgt daraus zwangsläufig das Ausgangsproblem der Untersuchung: Für die strukturinduzierten Roherfahrungen der Unterschicht steht immer weniger eine politisch folgenreiche Sprach- und Deutungsform zur Verfügung, zwischen der unmittelbaren „Erfahrung“ im beruflichen Alltag und den das politische Handeln und die politischen Einstellungen strukturierenden Deutungen des gesellschaftlichen Lebens wird die Diskrepanz immer größer, die man in Parallele setzen kann zur Diskrepanz zwischen subjektivem Motiv und objektivem Interesse, das die politische Lage der Arbeiterklasse in parlamentarischen Demokratien westlicher Prägung zu kennzeichnen scheint.

1. Statt eines historischen Vergleichs: Das hoch integrierte politische System der BRD in Kontrast zu anderen europäischen Demokratien

Die These vom Zusammenhang zwischen der Stabilität parlamentarischer Demokratien und dem Grad der Integration der politischen Argumentationsbestände soll im folgenden durch einen deskriptiven Vergleich zwischen den mediterranen Demokratien wie Italien und Frankreich als Ländern mit einem geringen Integrationsniveau und der skandinavischen Länder und der BRD als Ländern mit hohem Integrationsniveau näher erläutert werden. Diese Deskription soll mit einigen typologischen Abgrenzungskriterien zugleich Hinweise auf die spezifischen Zwänge zur Destruktion der „zweiten Kultur“ liefern.

Ich gehe davon aus, daß sowohl in Italien als auch in Frankreich u.a. manifestiert in der Konstellation der politischen Parteien zwei politische Kulturen relativ scharf voneinander abgrenzbar sind, während in der BRD und in Skandinavien umgekehrt die parlamentarisch bedeutsamen Parteien wie die entscheidenden, die gesellschaftlichen Großgruppen repräsentierenden Verbände ständig um Anteile im Besitz der politischen Mitte miteinander konkurrieren

Diesem scharfen Gegensatz zwischen den beiden Gruppen von Ländern steht ein relativ hohes Maß an Vergleichbarkeit bezüglich der Struktur des Klassenverhältnisses auf der Folie des Standes der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber.

Auf der anderen Seite scheint der Ausbau des Systems der sozialen Sicherung (Altersversorgung, Arbeitslosenhilfe, gewerkschaftliche Unterstützung im Streikfall, Ausbildungsförderung, Gesundheitsvorsorge etc.) mit dem Grad des Integrationsniveaus in einem direkten Verhältnis zu stehen, so daß sich ein Bild nachzeichnen läßt, das zunächst insofern paradoxe Züge aufweist als in den Ländern, in denen, etwa ablesbar an der Häufigkeit und Radikalität von Arbeitskämpfen und an der Existenz einer die öffentliche Meinung maßgeblich strukturierenden politischen Kultur der Arbeiterklasse das Klassenbewußtsein am meisten entwickelt zu sein scheint, gleichzeitig die materiellen Bedingungen des täglichen Lebens und die Chancen an der Teilhabe und die Gerechtigkeit in der Verteilung an den gesellschaftlichen Errungenschaften weniger gut entwickelt zu sein scheinen. Diese Paradoxie oder Ambivalenz ist angesichts einer in den Sozialwissenschaften häufig anzutreffenden Bewunderung für den Grad der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse in den romanischen Ländern zu betonen. Es soll zunächst offen bleiben, inwieweit generell die Existenz einer für die Arbeiterklasse spezifischen politischen Kultur mit dem Grad der Entfaltung des Systems der sozialen Sicherung negativ kovariiert, insofern sie einen Reflex des Ausmaßes der sozialen Deprivation darstellt; welchen Preis hinsichtlich der Ausbildung eines politischen Bewußtseins die Arbeiterklasse etwa in der BRD für die soziale Sicherung bezahlt hat, mit der das Verschwinden einer eigenen, zweiten Kultur einhergeht; und inwiefern möglicherweise das hohe Integrationsniveau selbst einen wichtigen politischen Kausalfaktor für die Errichtung des Systems sozialer Sicherung darstellt.

2. Im folgenden sollen einige Dimensionen der Unterscheidung der beiden Gruppen von Ländern genauer gekennzeichnet werden.

In kapitalistischen Ländern, in denen sich wie in Italien und Frankreich erste und zweite Kultur als klassenspezifische Argumentationsbestände noch deutlicher voneinander abheben, bestimmen beide gleichermaßen als öffentliche Sprach- und Interpretationsmuster, in deren Blickwinkel sich jeweils überhaupt erst die politische Bedeutung von Vorgängen herstellt, die Prozesse der politischen Meinungsbildung. Politisch argumentieren bedeutet hier, mit der Artikulation eines politischen Vorgangs zugleich über dessen konträre Interpretation in Begriffen der Deutungsformeln der antagonistischen anderen Kultur zu verfügen.

Jede der beiden Kulturen erhebt den Anspruch auf Vollständigkeit und Konsistenz ihrer Interpretationsmächtigkeit. Im Prinzip kann jedes Ereignis des politischen Lebens in eine die Grundannahmen und Schlüsselbegriffe einer Argumentationskultur bestätigende Interpretation eingerückt werden, es gibt kein Ereignis, das nicht assimiliert werden könnte, und dem Anspruch nach müsse die unter dem Zwang der totalen Zuständigkeit erzeugte Einzelinterpretation konsistent sein, sie sollen möglichst nicht pragmatisch oder taktisch ad hoc gebildet werden, sondern sollen sich in einen einheitlichen, konsistent zusammenhängenden gesellschaftspolitischen Gesamtentwurf fügen.

Parallel zum strukturellen Klassenantagonismus stehen die beiden Kulturen in einem manifest antagonistischen Verhältnis zueinander, das sie unter den Zwang setzt, neben dem Anspruch der totalen Zuständigkeit jenen der totalen Divergenz zu erfüllen: Für jede noch so geringfügige Einzelinterpretation muß gesichert sein, daß die andere Kultur sie auf keinen Fall teilen kann. Dies führt letztlich dazu, daß die Definition und Abgrenzung des Politischen mit dem Kriterium der kontroversen Interpretierbarkeit in Begriffe der ersten und zweiten Kultur zusammenfallen. Alle Vorgänge, die eine konkurrierende Interpretation in der Öffentlichkeit nicht erfahren, sind nicht im eigentlichen Sinne politisch. Entsprechend

üben die beiden politischen Kulturen auf ihre Anhänger einen hohen Loyalitätsdruck aus, die Individuen identifizieren sich in hohem Maße mit den vorgegebenen Interpretationen ihrer jeweiligen Kultur. Der Anteil der Wechselwähler ist vergleichsweise gering und Parteienidentifikation ist stark ausgeprägt.

Im Unterschied dazu konkurrieren die Parteien im hoch integrierten politischen System der BRD seit langem um die symbolische Besetzung der Kategorie der politischen Mitte. Während die Parteien, die in Italien und Frankreich die beiden antagonistischen Kulturen repräsentieren, ihre kontroversen gesellschaftspolitischen Grundpositionen in den Vordergrund stellen müssen und von der Entwicklung erzwungene Übereinstimmungen im Hintergrund halten, stehen umgekehrt in der BRD die im Parlament vertretenen Parteien vor dem Zwang, den Boden der Gemeinsamkeit in den sogenannten Grundwerten zu betonen. Wie schon angedeutet, müssen die kontroversen Positionen und programmatischen Alternativen immer als konkurrierende Auslegungen gemeinsamer verfassungspolitischer Grundsätze und als konkurrierende Wahlen von Mitteln hinsichtlich der Realisierung gemeinsamer Grundziele erscheinen. Entsprechend ist die Formulierung von politischen Programmen mehr eine Frage der Symbolwahl und der Semantik. Strukturell folgenreiche gesellschaftspolitische Differenzen müssen sprachlich verharmlost werden und Oberflächendifferenzen sprachlich radikalisiert werden. An dieser Stelle muß natürlich der gerade den hoch integrierten parlamentarischen Demokratien immanente Funktionsmechanismus der Produktion von politischen Alternativen als Medium bzw. Vehikel für die Vergabe von Regierungsmacht von der in der klassenspezifischen Erfahrungs- und Interessenbasis verankerten Existenz antagonistischer Gesellschaftsentwürfe scharf unterschieden werden.

3. Zum Zusammenhang zwischen dem Integrationsniveau politischer Argumentationsbestände und dem Grad der Institutionalisierung der Lösung von Industriekonflikten

Die gesellschaftliche Ausgangskonstellation für die Entstehung von zwei antagonistischen Kulturen ist natürlich im manifesten strukturellen Klassenantagonismus zu sehen. Die Deutung dieses

Antagonismus und des dadurch konstituierten Interessenkonflikts entscheidet über die Ausformung und Legitimation des politischen Systems. Einerseits läßt sich ein hohes Integrationsniveau der legitimatorischen Deutungsmuster nicht ohne eine Entschärfung der Manifestation des Interessenkonflikts zwischen Kapital und Arbeit erreichen, andererseits ist eine stabile Institutionalisierung von Formen der Lösung dieses strukturell nicht beseitigten Interessenkonflikts ihrerseits nicht denkbar ohne eine weitgehende Auflösung des manifesten Gegensatzes zwischen den beiden Kulturen. Den grundlegenden Interessenkonflikt ameliorisierenden und die aus den strukturell differenzierten Erfahrungswelten resultierenden Sichtweisen auf Dauer integrierende politische Deutungsformeln lassen sich nur aufrechterhalten - und entsprechend das durch sie legitimierte politische System -, wenn auf der Oberfläche der Einkommensverteilung und hinsichtlich der sozialen Sicherung stetige Verbesserungen die Glaubwürdigkeit und Anschaulichkeit der Deutungsformeln bei der Masse der Bevölkerung nicht in Frage stellen. Insofern die wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen aufgrund dieses Zusammenhanges sich an der legitimatorischen Effizienz und Wirksamkeit ausrichten müssen, wird verständlich, daß sie einerseits dominant die vom industriellen Kernkonflikt unmittelbar Beteiligten, also die im Leistungssystem Tätigen und hier die produktionsnah Tätigen insbesondere erreichen müssen, und daß sie zum anderen eine im Bewußtsein der Masse der Bevölkerung funktionierende Abspaltung von Lebenshaltungsproblemen ins Private Politikferne voraussetzen. In dem Maße, in dem mit dem Industriekonflikt anschaulich nicht mehr in direktem Zusammenhang stehende, gleichwohl bei sozialwissenschaftlicher Betrachtung der inneren Logik des Systems ebenso wie die Erscheinungsform des Industriekonflikts durch die ökonomische Gesellschaftsformation bedingte biographische Krisen und Probleme im Bereich Familie, Gesundheit, Wohnen etc., nicht nur in terms privatisierter Moralen, sondern in ihrem politischen Bezug artikuliert würden, würde die Wirksamkeit der den zentralen Industriekonflikt ameliorisierenden Deutungsformeln (z.B. „soziale Marktwirtschaft“) geschwächt.

Diese Argumente sollten zunächst ausreichen, einen engen Zusammenhang zwischen dem System sozialer Sicherung und dem Niveau wohlfahrtstaatlicher Maßnahmen einerseits und dem Niveau der Integration legitimatorischer politischer Deutungsmuster zumindest plausibel zu machen. Insofern z.B. Italien und Frankreich hinsichtlich des objektiven Charakters ihrer Klassengesellschaft und ihrer kapitalistischen ökonomischen Gesellschaftsformation mit der BRD zumindest in groben Zügen vergleichbar sind (das unterschiedliche Gewicht des agrarischen Sektors soll dabei nicht geleugnet werden), kann ein deskriptiver Vergleich über diesen Zusammenhang Aufschluß geben.

Insgesamt finden wir in der BRD (wie auch in den skandinavischen Ländern) im Vergleich zu Frankreich und Italien (bedingt auch Großbritannien) einen hohen Grad der Institutionalisierung des Austragens und der Regulierung des Industriekonflikts vor. Das zeigt sich - grob indiziert - daran, daß in den erstgenannte Ländern die Anzahl der Streiks und anderer Formen manifester Arbeitskämpfe deutlich geringer ist als in den Ländern der zweiten Gruppe. Die Zahl der manifesten Arbeitskämpfe ist in der BRD besonders gering. Dies wird man plausibel als einen Erfolg der Institutionalisierung der Lösung von Tarifkonflikten interpretieren können.

Für den Grad der Institutionalisierung lassen sich mehrere Indikatoren angeben, in bezug auf die zugleich sich zwischen den beiden Gruppen von Ländern erhebliche Unterschiede feststellen lassen. Die entscheidende Voraussetzung wird in der formal parteiunabhängigen Einheitsgewerkschaft zu sehen sein. Sie erlaubt eine einheitliche, an zentralen Daten der volkswirtschaftlichen Entwicklung ausgerichtete Tarifpolitik, verfügt über ein hohes Maß an Verhandlungsmacht und setzt Bedingungen für die Sicherung eines hohen Grades der Integration der Mitgliedschaft. Mit der Einheitsgewerkschaft lassen sich weiterhin gesetzlich festgelegte nationale Rahmenbedingungen für die Regulierung von Tarifverhandlungen und Rahmenkämpfen wirksam realisieren. Der hohe Institutionalisierungsgrad des Austragens von Tarifkonflikten

zeigt sich denn auch vor allem in der nach universellen Regeln genau festgelegten Abfolge von Verhandlungsschritten, für deren entpolitisierte Einhaltung der außerordentlich hohe Zwang staatlicher Enthaltensamkeit und die außerordentlich stark sanktionierte Tarifautonomie zentral ist. Die Einheitsgewerkschaft verfolgt seit Jahren eine auf Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung ausgerichtete Politik, wacht eifersüchtig darüber, daß ihr Pragmatismus nicht von radikaleren Programmatiken und Gruppierungen an der Basis unterlaufen wird, manipuliert ihre Basis instrumentell und hält sich mit strukturpolitischen und anderen, nicht an unmittelbar lohnpolitischen Zielsetzungen orientierten Politiken und Programmatiken selbst dann, wenn sie über sie verfügt, vorsichtig zurück. Ihre politische Sprache ist nicht mehr die Sprache des Klassenkampfes, sondern die Sprache ordnungspolitischer Programme des Wohlfahrtsstaates.

In Italien und Frankreich finden wir von diesen Merkmalen der Austragung des Industriekonflikts wenig. Mehrere, sich in der politisch-ideologischen Grundausrichtung unterscheidende, mit den ideologisch korrespondierenden Parteien gepaarte Gewerkschaftsorganisation sind an der Regulierung des Konflikts beteiligt. Das erschwert eine einheitliche Tarifpolitik, führt zu Konkurrenzkämpfen um Mitgliedschaften und Anteile an der Basis, was wiederum einen gewissen Zwang zur allgemein-politischen Ausdeutung und Interpretation der Konfliktlagen setzt. Arbeitskämpfe sind somit in ihrer Begründung und Ausformung viel mehr mit allgemeinen politischen Argumentationen durchsetzt, die Trennung von Wirtschaftspolitik und Politik allgemein ist bei weitem nicht so technokratisch streng wie in der BRD.

Wir brauchen das Bild nicht weiter auszumalen, die Tatsachen sind allgemein bekannt. Einem hohen Grad der Institutionalisierung der Austragung des Tarifkonflikts, der seinerseits eine „entideologisierte“, auf Integration der politischen Deutungsformeln letztlich ausgerichtete Entschärfung oder gar Beseitigung des Gegensatzes von zwei politischen Kulturen voraussetzt und von daher einen Druck in Richtung Entpolitisierung des objektiver

Klassenkonflikts setzt, geht mit einer geringen Manifestierung des Klassenkonflikts in Arbeitskämpfen auf der einen Seite und mit einer hohen Arbeitsplatzsicherung, einem hohen Grad der Sicherung gegenüber arbeitsplatzbedingten Risiken und einem hohen Niveau des Realeinkommens einher. Auf der anderen Seite finden wir in den Ländern mit einem geringen Grad der Institutionalisierung in der Austragung von Tarifkonflikten eine entsprechend hohe Arbeitskämpfintensität, ein stark ausgeprägtes Klassenbewußtsein an der Basis, einen hohen Grad der Manifestation des latenten Klassenkonflikts ein stark ausgeprägtes dichotomes Gesellschaftsbild bei den Arbeitern und schließlich ein im Vergleich zur BRD weniger erfolgreiches politisches Handeln der Gewerkschaften, wenn man es auf das Niveau der Realeinkommen der Lohnabhängigen, das System der sozialen Sicherung von Arbeitsplätzen und gegen arbeitsplatzbedingte Risiken sowie auf die rechtliche Absicherung von Mitbestimmungsformen und schließlich auf die Sicherung der Mitglieder im Streikfalle (Streikkasse) bezieht.

Ausstrahlend von den Unterschieden in der Konstellierung der Elemente der Lösung des industriellen Kernkonflikts bestehen die bekannten Unterschiede zwischen den Ländern im Ausbau des sogenannten „Netzes der sozialen Sicherung“ überhaupt, von denen schon gesagt wurde, daß ohne sie die integrierenden politischen Deutungsformeln jenseits des Antagonismus von zwei Kulturen nicht bestehen könnte. Deren ideologischer Gehalt - bezogen auf die klassentheoretisch zu fassende Latenz von Widersprüchen und Strukturkonflikten auf der Systemebene - muß materiell an der Systemoberfläche hinreichend glaubhaft gemacht werden können. Somit haben wir das folgende paradoxe Bild vor uns: Auf der einen Seite sehen wir spätkapitalistische Gesellschaften mit einem geringen Grad der Institutionalisierung in der Austragung des industriellen Kernkonflikts und mit einem geringen Grad des Ausbaus des Systems der sozialen Sicherung. In diesen Gesellschaften sind zugleich die beiden, dem strukturellen Klassenantagonismus korrespondierenden Kulturen lebendig, das Klassenbewußtsein und die Kampfbereitschaft der Arbeiter ist vergleichsweise hoch entwickelt, die Chancen für die öffentliche Artikulation

und Anerkennung klassenkämpferischer und sozialistischer Programmatiken und Politiken ist vergleichsweise hoch. Dem steht auf der Ebene des politischen Systems zugleich gegenüber: Ohne Unterbrechung bestimmen konservative Parteien, die bestenfalls über 40 % der Wählerstimmen verfügen, über 90 % der Macht auf allen Ebenen von Regierung und Verwaltung. Auf der anderen Seite sehen wir spätkapitalistische Gesellschaften mit einem hohen Grad der Institutionalisierung der Austragung des industriellen Kernkonflikts, mit einem hochentwickelten System der sozialen Sicherung und einem hohen Integrationsniveau der politischen Deutungsmuster, in denen zugleich die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gering, ihr politisches Bewußtsein niedrig entwickelt und ihre Verbürgerlichung relativ weit fortgeschritten zu sein scheint, wie überhaupt der Grad der "Entideologisierung" vergleichsweise hoch zu veranschlagen ist. Dies wirft natürlich die - hier nicht systematisch zu beantwortenden - Fragen auf wie: ob ein hochentwickeltes Klassenbewußtsein nur -eine Reaktion auf einen vergleichsweise geringen Entwicklungsstand der allgemeinen Lebensbedingungen darstellt und sich bei deren Verbesserung auflöst. Zugespitzter: Läßt der Vergleich zwischen beiden Ländergruppen unter der Voraussetzung, daß sich beide auf einem hinreichend vergleichbaren Niveau der kapitalistischen Produktionsweise befinden, möglicherweise darauf schließen, daß paradoxerweise ein hochentwickeltes Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse bzw. der Bestand von zwei den strukturellen Klassenantagonismus entsprechenden politischen Kulturen die Verbesserung der sozialer Lage und der allgemeinen Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verhindert?

4. Trennung von Politik und Wirtschaft

Bei der Beantwortung dieser Frage ist mit Sicherheit der erfolgreiche Versuch der Verallgemeinerung der kategorischen Trennung von Politik und Wirtschaft zu beachten. Neben vielen anderen gesetzlichen Einschränkungen ist hier das ausdrückliche Verbot, politische Forderungen mit Hilfe von Streiks durchzusetzen zu versuchen, von ganz besonderer Bedeutung, da mit der Drohung der

individuellen Kriminalisierung auch die Gefahr des Verlustes der Unterstützung der Solidargemeinschaft verbunden ist. Explizit politische Forderungen der Arbeitnehmer können, sollen sie mehr als proklamatorischen Wert haben, nur über ihre Umwandlung in Elemente gesellschaftspolitischer Konzepte der Gewerkschaften die Hoffnung auf Artikulation und Durchsetzung im Rahmen der den Gewerkschaften offenstehenden Einflußmöglichkeiten liegen (Notstandsgesetze).

Wirtschaftliche Fragen werden ihres politischen Gehaltes und ihrer politischen Folgen entkleidet und als unpolitische Sachprobleme behandelt. Innerhalb der wirtschaftlichen Modellbildungen tauchen ehemals politische Fragen der zweiten Kultur nicht mehr als Machtfragen bezüglich der Produktionsbedingungen auf, sondern werden abgedrängt auf den Verteilungsbereich, wo sie im Gewande des „Sozialen“ nach Maßgabe der in den entsprechenden wirtschaftspolitischen Modellen geltenden Logik im Prozeß des bargaining ihre Partizipationschancen durchzusetzen versuchen. Die Veränderung der Gesellschaft, insbesondere der soziale Fortschritt, werden auf diese Weise als abhängig gesehen von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bzw. der an ihr Beteiligten, über die wiederum nach den ihr immanenten Standards der Rationalität geurteilt wird. Mit der Herstellung eines allgemeinen Konsensus über die eigenständige Funktionsweise der Wirtschaft, deren Leistung dann daraufhin als gemeinsam erwirtschaftetes Ergebnis erscheint, das dann nach dem Muster „Mal sehen, was drin ist“ im Rahmen der dafür vorgesehenen Institutionen (Tarifautonomie) und Sprachregelungen (Sozialpartnerschaft) an Beschäftigte und Unternehmer verteilt wird. Begünstigt wird dieser Konsensus zum einem in hohem Maße durch die Zwangslage der Gewerkschaften, ihr Vermögen zu den Bedingungen des Kapitalmarktes anlegen und investieren zu müssen, d.h. in Phasen der von ihnen geführten Arbeitskämpfe den Einsatz ihrer finanziellen Mittel (Streikkasse) insbesondere von deren Bewertung auf dem Kapitalmarkt abhängig machen zu müssen und gleichzeitig durch die Notwendigkeit, für die Anerkennung dieses wirtschaftlich vernünftigen Handelns bei Funktionären und Mitgliedern zu sorgen. Zum anderen wird der Konsensus gesichert durch die branchenspezifische Gültigkeit der Ergebnisse der Tarifauseinandersetzungen,

die bei nichtorganisierten und gerade deswegen auch bei organisierten Arbeitnehmern zu der Annahme führen muß, die institutionalisierten Wege der Kompromißfindung führten auch ohne persönliche Engagement im Sinne einer wirtschaftlichen Funktionsautomatik zum Erfolg. Es ist anzunehmen, daß die Entsubjektivierung der Arbeitskämpfe gestützt wird durch die Wirkung des sozialpolitischen Sicherheitssystems, das gesetzlich objektiviert im privaten Krisenfall ohne direkte politische Auseinandersetzung eintritt, wengleich darin eine gewisse Ambivalenz insofern steckt, als z.B. im Falle massenhafter Arbeitslosigkeit die privaten Schicksale mit Regierungsproklamationen, die die Sicherung der Arbeitsplätze zum Inhalt haben, kollidieren, wobei das Recht auf einen Arbeitsplatz unter Berufung auf die wirtschaftliche Möglichkeit der Arbeitsplatzsicherung bei der Administration reklamiert wird. Obwohl es sich dabei natürlich um politische Forderungen handelt, haben sie dennoch einen eindeutig "wirtschaftlichen" Charakter, da sie auf dem Boden der Trennung von Politik und Wirtschaft gewachsen sind, indem sie solche Krisen nicht mehr als Folge eines politisch zu verändernden Wirtschaftssystems auffassen, „sondern als ‚schuldhaftes‘ und daher ‚einklagbares‘ Versagen politisch-administrativer Steuerung“ begreifen. (Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, S. 98) Mit dem Verzicht auf nicht von wirtschaftlicher Logik getragenen Kampfmaßnahmen der Arbeitnehmerorganisationen ist im Verein mit der Einflußnahme wirtschaftlicher Interessengruppen auf die Regierungspolitik der Primat des wirtschaftlich Machbaren gesichert - mithin sind die Unternehmen in hohem Maße vor Überraschungen in ihrer betriebswirtschaftlichen Planung gefeit, womit der Möglichkeit der allgemeinen Teilhabe am Bruttosozialprodukt mehr Raum gegeben wird.

(Die Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion scheint auch das Motiv der KPI bei der Beteiligung an Regierungsgesprächen in der Vorphase der Wahlen 1976 und darüber hinaus in den programmatischen Aussagen zu den Wahlen zu sein, die ausdrücklich den Schutz der Privatinitiative bei kleinen und mittleren Unternehmen betonen.)

5. Spezifische Entwicklung in der BRD

Es soll nun versucht werden darzustellen, auf welchem Wege der Ausbau der BRD zu einem „modernen“ Industriestaat nach westlich demokratischem Muster vonstatten ging, wobei die für die hier vertretene These wichtigsten Aspekte der Nachkriegsentwicklung schwerpunktmäßig charakterisiert werden sollen.

Vor der Machtergreifung 1933 ließen sich im gesellschaftspolitischen System des Deutschen Reiches im wesentlichen drei große politische Gruppen unterscheiden. Zum einen die Arbeiterbewegung, parlamentarisch vertreten durch KPD und SPD, die Gruppierungen des Bürgertums im Verein mit dem katholischen Zentrum und dann die Konservativen resp. Reaktionäre um die Deutsch-Nationale Partei. Innerhalb der letzteren spielten wegen ihrer politischen wie sozialen Bedeutsamkeit die ostdeutschen Großgrundbesitzer eine besondere einflußreiche Rolle, da sie innerhalb der Sozialstruktur die Kräfte ausmachten, die sich beharrlich der Modernisierung des politischen Systems des Deutschen Reiches wegen ihrer wirtschaftlichen Sonderinteressen widersetzen. Noch unter der Herrschaft der Nationalsozialisten blieben die Privilegien dieser feudalen Großagrarien weitgehend unberührt, mit dem Ende des Krieges waren sie jedoch bedeutungslos geworden. Mit dem materiellen Verlust der Latifundien hatte, ohne daß eine Agrarreform stattgefunden hätte, eine spezifische Form des Konservatismus, die sich auch dem „Liberalismus“ des industriellen Blocks verschlossen hatte und sich ihm gegenüber anachronistisch ausnahm, neben ihrem sozialen wie auch wirtschaftspolitischen Einfluß auch ihre interpretatorische Bedeutung verloren.

Demgegenüber blieb die Arbeiterschaft existent, hatte allerdings in den Westzonen eine deutlich andere politische Zusammensetzung als das im gesamten Reich der Fall gewesen war. Die sozialistische Arbeiterbewegung war am stärksten im Gebiet der heutigen DDR und dort insbesondere in den traditionell protestantischen Landesteilen wie „Sachsen, Thüringen, Anhalt und Berlin, aber auch in den ländlichen Provinzen wie in Mecklenburg und der Mark Brandenburg. Demgegenüber war der Anteil sozialistischer Stimmen

im konfessionell gemischten Gebiet der Bundesrepublik deutlich niedriger". (Lepsius, Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik.) Im Gebiet der heutigen BRD lagen die Schwerpunkte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, den Hafenstädte Hamburg und Bremen und in den Industriegebieten Hessens. So gesehen hatte die Arbeiterbewegung in Westdeutschland in Relation zum Deutschen Reich von vornherein eine geschmälerte Basis, die zudem in ihren Manifestationen durch den Eingriff der westlichen Alliierten massiv beschränkt wurde. Hatte der Faschismus mit der Zerschlagung der traditionellen Organisationen der Arbeiterschaft und der Neugründung nationalsozialistischer Gegenorganisation der Arbeiterbewegung ihren politischen Einfluß genommen und ihre kulturellen und politischen Gehalte aufzulösen versucht, so wurden in der Phase der Bewältigung des Faschismus im Zuge der breit angelegten Demokratisierungskampagne nach westlichem Muster und dem Reeducation-Programm mit dem Faschismus auch ihre politischen Interpretationen der Tendenz nach zugedeckt. (So waren die nach dem Krieg entstandenen locker organisierten sogenannten AntiFa-Gruppen schon bald nach ihrem Entstehen in den Westzonen verfolgt und gewaltsam zerschlagen, während sie in der Ostzone frei arbeiten konnten. Vgl. Gabriel Kolko, The Politics of War.) Eine weitere Verstärkung erfuhr diese Entwicklung durch die Integration von 10 Millionen Vertrieben und Flüchtlingen von 1945 bis 1961, deren Motive, materielle Not und Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, der weltpolitischen Polarisierung im Zeichen des kalten Krieges eine innenpolitische Rechtfertigung auf der Grundlage der Verankerung der trivialisierten politologischen Totalitarismusthese verschaffte. Unter diesen Bedingungen dem alliierten Druck zur Schaffung eines parlamentarischen demokratischen Systems, der Erosion der Deutungsmuster der Arbeiterbewegung durch den Faschismus, der innenpolitischen Stimmungslage, die wohl antifaschistisch aber keinesfalls mehrheitlich sozialistisch war und der Anschauung der zunehmend stalinistischen Umorganisation der Arbeiterparteien in der Ostzone im Zuge des Zusammenschlusses von SPD und KPD zur SED – ergab sich für KPD und SPD in den Westzonen die Notwendigkeit, wollten sie keine marginale Rolle mit ungewissem Schicksal spielen, sich an der Ausarbeitung einer Verfassung für die BRD im Parlamentarischen Rat

zu beteiligen. Der Parlamentarische Rat war eine Kommission von Politikexperten, in der die politischen Traditionen der Arbeiterbewegung kein Gewicht hatten, vielmehr, soweit sie überhaupt über die entsprechenden Vertreter hätten Bedeutung gewinnen können, verdeckt wurden von dem technischen Bemühen, die Fehler der Weimarer Verfassung unwiederholbar zu machen. Nun mußten die Vertreter der Arbeiterbewegung die Konstitution des Verfassungsstaats mit der Deklaration der bürgerlichen Freiheitsrechte und der impliziten Offenheit für Veränderung der Ordnungsstruktur, besonders nach den Erfahrungen im Faschismus nicht ausschließlich für restaurativ halten, sondern konnten hoffen, das, was an politischen Interpretationen zur Aufhebung gesellschaftlicher Widersprüche keinen Niederschlag im Verfassungswerk gefunden hatte, im nachhinein über die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu korrigieren. Die entsprechenden Mehrheiten sind nicht zustande gekommen.

Diese Hoffnungen trogen letztlich auch die Gewerkschaftsbewegung. Zum einen unterlag die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung den Restriktionen der Alliierten, die anfangs nur eine lokale Organisation von Gewerkschaften zuließen, die sukzessive erweitert werden sollte. Zum anderen konnte auch die Gewerkschaftsbewegung nicht an letztlich revolutionären Intentionen der Arbeiterschaft anknüpfen, wie es nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war. Eine Reihe ihrer organisatorischen Führer war dem Nazi-Regime zum Opfer gefallen und es bestand auch keine aktive Widerstandsbewegung, auf die sie sich hätte stützen können. Bis zur Konstituierung der BRD lagen denn auch die Schwerpunkte ihrer organisierten Arbeit in der Versorgung der vergleichsweise wirtschaftlich besonders schwerwiegend betroffenen Arbeiterklasse. Gesellschaftspolitisches Ziel der damals angestellten Überlegungen war dennoch die Bildung einer „allgemeinen“ Gewerkschaft, die in der Lage sein sollte, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und eine schlagkräftige Klassenorganisation zu schaffen. Durch den Druck der Alliierten und dem sich in dieser Zeit herausbildenden Antikommunismus kam es dann nach der Gründung der BRD zur Konstitution des DGB, einer Einheitsgewerkschaft, ohne parteipolitische oder weltanschauliche Bindung.

Obwohl zu dieser Zeit die Formeln des kalten Krieges längst eingerichtet waren, hatte das erste Grundsatzprogramm des DGB noch einen klar antikapitalistischen modifiziert sozialistischen Tenor. Zur wirtschaftsdemokratischen Neuordnung war die Enteignung von Schlüsselindustrien vorgesehen, die allerdings nicht in eine staatliche Planwirtschaft einmünden sollte, sondern - in Respektierung ehemaliger Mitglieder christlicher Gewerkschaften, die von der, nach der katholischen Soziallehre postulierten Äquivalenz von Kapital und Arbeit bestimmt waren - von Selbstverwaltungsorganen, an denen die Gewerkschaft großen Anteil haben würde. Insgesamt stellte das Programm einen über die traditionellen politischen Interpretationen der Arbeiterbewegung vermittelten Reflex auf die gegenwärtige Notlage der Arbeiterschaft dar. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Preissteigerungen wurden auf den kapitalistischen Strukturkonflikt zurückgeführt und sollten mittels systemtranszendierender Zielsetzungen wie Investitionskontrolle, Vergesellschaftung, Lohnerhöhungen über Profitbeschränkungen und Mitbestimmungsmodellen überwunden werden. Allein die Kampfmittel zur Durchsetzung einer solchen Strategie fehlten. Einerseits war der Spielraum für gewerkschaftlich gelenkte Massenaktionen durch die Alliierten eingeschränkt, wobei massiver Widerstand, wie sich zeigte, außerordentlich risikoreich war, andererseits befürchtete die Gewerkschaftsführung den wachsenden Einfluß der Kommunisten, sollte es ihr nicht gelingen, die dennoch auftretenden Massenstreiks („Hunger-Demonstrationen“) unter ihrer Einfluß zu bringen. Aus dieser Zwangslage resultierte beinahe naturwüchsig die damals noch nicht unbegründete Ansicht - schließlich hatten alle bedeutenden Parteien sozialistische Programmpunkte -, über den Einfluß im Parlament schrittweise zur Einlösung des Grundprogramms zu gelangen. Nach der Revision des Ahlener Programms durch die CDU und der Wahlniederlage der SPD in den Wahlen zum 1. Bundestag war auch dies aussichtslos geworden. In der anschließenden Legislaturperiode kam es noch zu zwei bedeutenden von der Gewerkschaft getragenen politischen Bewegungen: Mit der Drohung des Massenstreiks gelang es ihr, die Übernahme der Montanmitbestimmung in deutsches Recht zu erzwingen, während die Verhinderung des neuen Betriebsverfassungsgesetzes trotz massiven Widerstandes an der parlamentarischen Raffinesse der Adenauer-

Regierung scheiterte. Nach dieser Niederlage konnte sich die Gewerkschaft nicht zu erneuten Kampfmaßnahmen entschließen, setzte vielmehr auf eine Parlamentsumbildung im 2. Deutschen Bundestag, die sie unter Aufgabe der parteipolitischen Neutralität, mit einer aktiven Wahlunterstützung der SPD zu erreichen suchte. Die Wähler unterstützten diese Strategie nicht, verschafften statt dessen der CDU die absolute Mehrheit. „Der 9. September 1953 - der Tag der Bundestagswahl - der Tag der verlorenen Wahl - markiert das Datum, von dem an die Gewerkschaft in ihren traditionellen tarifpolitischen Aufgabenkreis zurückverwiesen werden sollten.“ (Limmer, Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung; zit. nach Bergmann et al., Gewerkschaften in der Bundesrepublik.) „Das sozialistische Programm des DGB, das bei den Massen Zustimmung gefunden hatte, weil es zugleich Maßnahmen gegen die unmittelbare Not der Nachkriegszeit versprach, mußte Dringlichkeit und Plausibilität für sie in dem Moment verlieren, als der prosperierende Kapitalismus wirtschafts- und sozialpolitische Zugeständnisse machen konnte, die die relativ niedrigen Erwartungen der Lohnabhängigen leicht zu befriedigen vermochten.“ (Bergmann et al., Gewerkschaften in der Bundesrepublik.)

Diskussion am Schluß

Exkurs über: Das komplexe Verhältnis von subkulturellem Milieu, soziokulturell vermittelten Dispositionen, der Struktur solidarischen Handelns und dem objektiven Klasseninteresse

Im Rahmen unserer Grundthese können wir die Diskrepanz zwischen strukturinduzierter unmittelbarer „Erfahrung“ und politisch folgenreicher Interpretation der Strukturverhältnisse innerhalb der Unterschicht zunächst nur als Problem konstatieren, über die strukturellen Voraussetzungen und soziokulturellen Bedingungen ihrer Auflösung und Überwindung konsistent oder gar gesichert jedoch kaum etwas aussagen.

Unserer These liegt die folgende starke Annahme zugrunde: Strukturelle Antagonismen und davon ausgehende Krisen haben latenten Charakter nicht nur im Sinne von begrifflichen Abstraktionen des Theoretikers, auch nicht nur in dem Sinne, daß sie als interne Logik eines gesellschaftlichen Organisationsprinzips erst auf einer hohen Stufe der Aggregation von Strukturelementen analytisch rekonstruiert werden können, sondern auch gerade in dem Sinne, daß sie den latenten Sinn jeder konkreten praktischen Handlung im einzelnen konstituieren. Insofern können wir davon sprechen, daß Strukturen unmittelbare „Erfahrungen“ konstituieren; sie bestimmen die Struktur praktischen Handelns relativ unabhängig von den Dispositionen, Erwartungen, Motiven und Intentionen der Subjekte. Der objektive Sinn einer praktischen Handlung ist, bezogen auf die Bedeutungen, die von den Subjekten einer Handlung intentional realisiert - und dadurch manifest - werden, immer latent. Nur im kontrafaktisch konstruierten Grenzfall des zwanglosen Diskurses wird er von den Subjekten voll realisiert. Der objektive Sinn einer praktischen Handlung setzt sich nicht restlos aus dem zusammen, was die Subjekte planend, antezipierend, intendierend und erwartend in diese Handlung eingebracht haben - ein Vorurteil, das die am subjektivistischen Vorurteil des Idealismus orientierten Handlungstheorien und jene Soziologien, für die sich das Gesellschaftliche im Institutionalisier-

ten erschöpft, gleichermaßen mit sich schleppen, sondern er konstituiert sich jenseits des individuellen Bewußtseins objektiv in den „Texten“ der Handlung, zu denen sich die prinzipiell zu versprachlichenden institutionellen Rahmenbedingungen, situationalen Nebenbedingungen und eingesetzten Symbole zusammensetzen (Anmerkung über These von den latenten Sinnstrukturen).

Antagonismen und Krisen in der Struktur der gesellschaftlichen Formation gehen daher systematisch und regelhaft in die Sinnstruktur einer konkreten praktischen Handlung über. In diesem Sinne hat ein in dieser Handlung involviertes Subjekt als objektiv interessiertes eine „praktische Erfahrung“ gemacht, ohne sie subjektiv begriffen zu haben. Die Grundfrage, die von unserer These her zu formulieren ist, lautet daher: Wie kann das objektiv Krisenhafte, das sich in der Struktur praktischer Handlungen der Arbeiter niederschlägt, und das als übersetzter und interpretierter Sinn in Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen verwandelt wird, politisch folgenreich „erfahren“ werden, wenn die Argumentationsbestände der zweiten Kultur zerstört und abhanden gekommen sind?

Wir können, wie gesagt, zunächst nur diese Frage stellen, sie nicht beantworten. Aber wir glauben, daß eine typische Antwort inzwischen durch die objektive Entwicklung selbst obsolet geworden ist: die Vorstellung, es komme nur darauf an, den Tendenzen der Verbürgerlichung des Arbeiters durch die Wiederherstellung der vergangenen Formen des Klassenbewußtseins - und das heißt im Sinne unserer These durch die Wiederherstellung der zweiten Kultur - zu begegnen (Exkurs hier möglich: referieren aus der Literatur). Uns scheint diese Vorstellung das Resultat einer romantisch-nostalgischen Betrachtung zu sein, deren Entstehungsbedingungen selbst noch der Logik jener Technokratisierung folgt, die ihr die empirische Triftigkeit genommen hat; jener Entwicklung, die die Erscheinungsweise des Kapitalismus als manifeste Klassengesellschaft abgelöst hat und zu deren Begleiterscheinungen ganz allgemein die Nostalgie als (ein) Surrogat für die Beantwortbarkeit der „Sinnfrage“ gehört.

Diese Vermutung müßte natürlich belegt werden können. Eine entsprechende Analyse hätte von zwei verschiedenen, aber auf einander verweisenden Problemkreisen auszugehen.

Zum einen müßte der folgende mögliche Einwand entkräftet werden: Steht nicht die obige Vermutung im Widerspruch zu jenem Element unserer „Diskrepanz-These“, das sich auf die strukturellen Voraussetzungen der unmittelbaren Erfahrung bezieht, die trotz des Verschwindens der zweiten Kultur nach wie vor als geltend angenommen werden? Wir haben ja in diesem Zusammenhang gerade ausgeführt, inwiefern sich die latenten Strukturen der Klassengesellschaft auf die Ebene des objektiven Sinns konkreter praktischer Handlungen rückverfolgen lassen müssen.

Somit scheint sich das folgende Dilemma in unserer Argumentation aufzutun: Entweder können wir von dem objektiven Klassencharakter der strukturell induzierten Erfahrungen weiterhin ausgehen, dann hätte die These vom Verschwinden der zweiten Kultur deren Restitution zur politischen Konsequenz und dann könnte nicht gleichzeitig vermutet werden, daß die „Rückkehr“ zu den Traditionen der Arbeiterbewegung bloß nostalgische Funktionen übernimmt, oder wir nehmen die bloß nostalgische Funktion der Restitution der zweiten Kultur an, dann geraten wir insofern in Widerspruch zu unserer Ausgangsthese, als diese den objektiven Klassencharakter der „Roherfahrungen“ der Arbeiter voraussetzt. Wie oben ausgeführt wurde, hat unsere These ja gerade zum Hintergrund, daß die objektive Sinnstruktur der konkret-praktischen Handlung mit der empirisch triftigen gesellschaftstheoretischen Explikation der Produktionsverhältnisse entziffert wird (Anmerkung: verwiesen auf die These von Sozialwissenschaft als Übersetzungswissenschaft in „Szientifizierung des Alltagswissens“).

Von hier aus läßt sich das in Rede stehende Problem so formulieren: Die klassentheoretische Analyse, die den objektiven Strukturkontext unmittelbarer Erfahrungen der Arbeiter richtig zu konstruieren vermag, muß zugleich auch auf der Ebene des historischen Bewußtseins jene Argumentationsbestände formulie-

ren, die als Deutungsformeln unmittelbare Erfahrungen in „richtiges Bewußtsein“ zu transformieren vermögen und so Klasse an sich in Klasse für sich transformieren.

Damit leitet das Problem über zur allgemeineren Frage nach der den gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsstand gültig erfassenden klassentheoretischen Analyse, eine Frage, zu deren Beantwortung wir hier nichts beizutragen vermögen. Bezogen auf unsere Untersuchungsfrage müßten wir nicht nur deskriptiv-rekonstruierend, sondern auf einer die innere Logik, das Wesen der gesellschaftlichen Strukturformationen erfassenden Ebene die Elemente der unmittelbaren Erfahrung rekonstruieren und ihre strukturellen Voraussetzungen angeben können. Dabei wird die systematische Differenz zwischen der Analyse der widersprüchlichen Funktionen der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer historisch-spezifischen Manifestation in Strukturaggregaten zu berücksichtigen sein und das Bild der dichotomen Klassengesellschaft nicht mehr umstandslos unterstellt werden können, wie vor allem Offe überzeugend gezeigt hat. Die These vom „Verschwinden“ der zweiten Kultur muß entsprechend relativiert und modifiziert werden.

In dem Maße, in dem die immanente Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die Dichotomisierung von zwei gesellschaftlichen Klassen hinter sich läßt, werden nämlich die antagonistisch zueinanderstehenden zwei Kulturen zur bloßen soziokulturellen Tradition, zur Ideologie, die den objektiven Sinn der aktuellen Handlungsstrukturen, z.B. am Arbeitsplatz, nicht mehr auf den „entwicklungslogisch“ angemessenen Begriff zu bringen und das „objektive Interesse“ der Subjekte nicht mehr zu artikulieren vermögen. Jedoch muß man sich bei dieser Interpretation davor hüten, das Verschwinden der zweiten Kultur, soweit sich darin die aktuellen Defizite klassentheoretischer Fundierung politischer Deutungsformel reflektieren, als notwendige Entwicklungsstufe auf der Ebene von Deutungsmustern selbst erscheinen zu lassen. Folgt man der Offeschen Analyse, so bedingen der zur Widerlegung von Marx dienende Hinweis auf das Verschwinden

der Traditionen der Arbeiterbewegung, weil die Klassengesellschaft selbst der Vergangenheit angehöre, und die der Dogmatisierung der historischen Klassenanalyse von Marx dienende Weigerung, die realen Transformationen der Klassenstruktur und der ihnen korrespondierenden Deutungsformeln anders als unter dem Gesichtspunkt von Revisionismus, Verbürgerlichung oder sonstwie zur Kenntnis zu nehmen, einander: Diese Scheinkontroverse ist dann nur der Reflex auf den Umstand, daß die gegenwärtige Entwicklung strukturtheoretisch noch nicht zureichend begriffen worden ist. Den gegenwärtigen Entwicklungsstand nur partiell erfassende empirische Indikatoren dienen dann dazu, auf der theoretisch-analytischen Ebene einen Streit zu führen, der nur für eine schon vergangene Gesellschaftsformation angemessen war. Die relevante Frage ist also nicht, inwieweit die gegenwärtigen politischen Deutungsformeln, die den Arbeitern zur politisch folgenreichen Übersetzung ihrer Roherfahrungen zur Verfügung stehen, von den klassischen Argumentationsbeständen der zweiten Kultur in Richtung einer Angleichung an ebenfalls traditionelle Deutungsformeln der bürgerlichen Gesellschaft abweichen, sondern welches die einer gültigen klassentheoretischen Gegenwartsanalyse korrespondierenden Deutungsformeln sein könnten, welches also die zweite „zweite Kultur“ sein könnte, bezogen auf die, die gegenwärtigen, unter Integrationsdruck erzeugten politischen Deutungsmuster einer Destruktion gleichkommen. Anders ausgedrückt: Solange nicht die für das 19. Jahrhundert zutreffende Analyse der Manifestation der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in der dichotomen Klassengesellschaft eine gültige und zugleich Entwicklungstrends diagnostizierbare Rekonstruktion der gegenwärtigen spätkapitalistischen Gesellschaft liefert (und dafür spricht nicht mehr viel), müßte in jedem Falle eine an Marx sich orientierende Analyse der den Funktionsaggregaten der kapitalistischen Produktionsweise entsprechenden Bewußtseinsformen als erstes eine Trennung vornehmen zwischen jenen Elementen, die ebenso der kontinuierlichen Transformation der klassischen zweiten Kultur entspringen wie etwa die krisenhaften Disparitäten von Lebensbereichen den manifesten antagonistischen Klassenstrukturen, und jenen Elemen-

ten, die eine Abweichung, Verblendung oder Verzerrung von eben diesen klassentheoretisch konsequent rekonstruierbaren Transformationen der ehemaligen zweiten Kultur darstellen. Die Analysen von Arbeiterbewußtseinsformen oder von Gesellschaftsbildern, die lediglich das Ausmaß und die Häufigkeit der Abweichung von den klassischen Formen des Klassenbewußtseins kennen und konstatieren, genügen auf keinen Fall, weil sie die notwendige Stufe der Konstruktion der von den Funktionen der spätkapitalistischen, staatsinterventionistisch geprägten Produktionsweise erzeugten Strukturen und erst recht die Konstruktion der diese Strukturkonstellation auf den Begriff bringenden Bewußtseinsformen überspringen bzw. auslassen. Es sei nochmals daran erinnert: Wir können diesen Schritt hier ebenfalls nicht positiv durchführen, sondern lediglich versuchen, seine Notwendigkeit herauszuarbeiten.

(Auf der Suche nach Ansätzen einer entsprechenden, gewissermaßen modernisierten Marxschen Analyse der spätkapitalistischen Gesellschaft erscheinen uns die Offeschen Untersuchungen am fruchtbarsten.) Die Offeschen Analysen scheinen uns am ehesten das entscheidende Kriterium für die Kontinuität der Marxschen Theoriebildung zu erfüllen, in dessen Licht die Dialektik vom Allgemeinen und Besonderen insofern zu ihrem Recht kommt, als die reale historische Veränderung nicht zugunsten einer Pseudo-Konsistenz des theoretischen Ansatzes ausgeblendet werden muß und andererseits durch die Rekonstruktion der historischen Veränderung hindurch die Universalität der Geltung der konstitutionstheoretischen Annahmen gesichert wird: Die ursprüngliche Marxsche Klassenanalyse, deren empirische Geltung für die Gegenwartsgesellschaft in Frage gestellt bzw. relativiert wird, gibt zugleich die Bedingungen der Transformation der Klassenstrukturen selbst an. Insofern ist die Marxsche Analyse des Kapitalismus im 19. Jahrhundert zugleich richtig und falsch, ihre Richtigkeit erweist sich gerade daran, daß sie die Bedingungen der Aufhebung ihrer historischen Geltung gültig zur Explikation zu bringen vermag. Korrespondierend müßten nun solche Bedingungen der Transformation auch für die Argumentationsstrukturen der zweiten Kultur formuliert werden können, was hier nicht geleistet werden

kann. Zumindest aber läßt sich aus dieser Betrachtung der folgende zusätzliche Gesichtspunkt vorläufig gewinnen.

Für Marx war, solange er von seiner historisch spezifischen Krisentheorie überzeugt sein konnte, der Prozeß der angemessenen Interpretation des objektiven Sinns der Produktionsverhältnisse kein besonders schwieriges Problem. Die Bedingungen materieller Verelendung gewährleisteten gewissermaßen zunehmend die Anschaulichkeit des latenten objektiven Sinns der in Ausbeutungsfunktion stehenden Handlungszusammenhänge. Die raffiniertesten und subtilsten Ideologien konnten gegen diese unzweideutige Anschaulichkeit letzten Endes nichts mehr ausrichten.

Daraus kann nun analytisch nicht, wie eine Reihe von Ableitungsmarxisten uns glauben machen will, die Randstellung kultureller oder nur sinntheoretisch zu fassender „Faktoren“ gefolgert werden. Sie erscheinen bei Marx nur deswegen als vergleichsweise nebensächlich, weil ihre Bedeutung empirisch geradezu trivial war: Solange der „Bauch“ unmittelbar betroffen ist, braucht man kompliziertere kultursoziologische Betrachtungen nicht anzustellen, Hunger ist in letzter Konsequenz nicht hinwegzumanipulieren. Aber das kann natürlich nicht heißen, daß prinzipiell auf der Ebene des analytischen Modells auf das systematische Argument der sinnadäquaten Interpretation der realen Strukturen durch die Subjekte selbst als Voraussetzung für das reale In-Gang-Setzen der politisch folgenreichen Aktion verzichtet werden könnte. Nun hat die historische Entwicklung gezeigt, daß in der Tat die der Marxschen Vision von der revolutionären Aktion der unterdrückten Klassen am nächsten kommenden gesellschaftlichen Veränderungen unter Bedingungen höchst anschaulicher materieller Verelendung auf vergleichsweise niedrigem technologischen Niveau der Produktion sich vollzogen haben und daß die schon zu Marxschen Zeiten entwickelten Gesellschaften bis dato in der Lage waren, die Strukturkrisen des sich entfaltenden Kapitalismus durch staatliche Steuerungsmaßnahmen jeweils aufzufangen und die Legitimation dieses sich in Richtung des technokratischen Staates wandelnden politischen Systems durch hinrei-

chend dosierte wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen gegenüber dem einzelnen Wähler zu sichern.

Durch diese Entwicklung ist zum einen die manifest dichotome Aggregation der handelnden Subjekte in zwei gesellschaftliche Klassen durch andere Formen der sozialen Differenzierung und institutionellen Ausgliederung überlagert worden, zum anderen die Anschaulichkeit des Klassencharakters der Gesellschaft immer mehr reduziert worden und schließlich die unmittelbar sinnlich erfahrbare materielle Not als Antriebskraft für die unverzerrte Interpretation des objektiven Klassencharakters gesellschaftlichen Handelns sukzessive abgebaut worden.

Für das Folgende tragen wir ein Argument nach, das implizit von vornherein unserer These zugrunde gelegen hat: Historische Genesis und der Bestand der zweiten politischen Kultur sind auf zwei entgegengesetzte Wurzeln zurückzuführen: zum einen auf die politisch und sozialwissenschaftlich angeleitete Reflexion des Charakters der kapitalistischen Gesellschaft, die zunächst als Ideologiekritik sich formulieren und als eigenständige politische Theorie sich festhalten ließ, und zum anderen auf die konkret sinnliche Erfahrung, die das Proletariat im täglichen Kampf der Überlebenssicherung in Begriffen seines gesunden Menschenverstandes vom Klassencharakter der Gesellschaft machen mußte. Solange die materielle Not die Anschaulichkeit der Klassengesellschaft gewährleistete, war eine weitreichende kognitiv-kategoriale Koinzidenz der von der Marxschen Theorie her gespeisten Argumentationsbestände der zweiten Kultur mit dem die Alltagserfahrung des Arbeiters strukturierenden Gesellschaftsbild kein Problem. Anders ausgedrückt: Die Argumentationsbestände der zweiten Kultur, also die im Alltag wirksamen Traditionen der politischen Arbeiterbewegung, integrierten als politische Deutungsmuster beides: Elemente der Marxschen Analyse und konkrete, aufgrund des hohen materiellen Drucks sinnlich gegebene Erfahrungen im Produktionsprozeß, die den wahren Klassencharakter der Lebensbedingungen vergleichsweise unverstellt widerspiegeln. Als solche konnten sie ohne allzu große „Reibungsverluste“ als wir-

kungsvolles Medium der Übersetzung zwischen der Ebene der gesellschaftstheoretischen Analyse und der konkreten Alltagserfahrung der Arbeiter fungieren.

Natürlich soll mit diesem Argument nicht einer naiven Auffassung das Wort geredet werden, in der konkret sinnlichen Erfahrung des Proletariats sei der Gehalt der Marxschen Gesellschaftstheorie oder die logische Struktur der Argumentationsbestände der zweiten Kultur vollständig enthalten gewesen in dem Sinne, daß jeder Arbeiter mühelos seine Alltagserfahrungen in den Marxschen Schriften hätte wiedererkennen können, noch soll in umgekehrter Richtung behauptet werden, die Marxsche Theorie habe in einem vollständigen Passungsverhältnis zu den Argumentationsbeständen der zweiten Kultur gestanden und sei umstandslos von der Arbeiterklasse geistig in Besitz genommen worden. Die entscheidende soziale Randbedingung für die mediale Übersetzungsfunktion der zweiten Kultur ist selbstverständlich der Aufbau von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung, die sich die Elemente der zweiten Kultur zum Programm machen und diese überhaupt erst institutionalisieren. Wenn diese Verankerung in den intermediären Gruppen und Verbänden nicht mitgedacht wird, ist die Rede von der zweiten Kultur sinnlos. Wir können ja auch die These vom Verlust oder der Destruktion der zweiten Kultur bzw. der konsequenten Nachfolgeform der ursprünglichen zweiten Kultur, wie wir uns jetzt genauer ausdrücken müßten, indirekt nicht so deuten, als ob die Arbeiter von sich aus diese Argumentationsbestände aufgegeben hätten, sondern nur so, daß die politischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse ihre Programmatiken und ihre täglichen Politiken von den Argumentationsbeständen dieser zweiten Kultur weitgehend „gesäubert“ haben.

Wir lassen an dieser Stelle auch die vielfältigen weiteren historischen Bedingungen für die Sicherung des Verhältnisses der relativen Passung von Gesellschaftstheorie, zweiter Kultur und konkret-sinnlicher Erfahrung aus, wie etwa die der relativen Gleichförmigkeit in den Lebensbedingungen der Arbeiter des 19. Jahrhunderts im Vergleich zu heute (Fraktionierungsthese).

Für unseren Zusammenhang ist das Argument entscheidend, daß aufgrund der materiellen Not und der damit gegebenen Anschaulichkeit des Klassencharakters das genannte Passungsverhältnis vergleichsweise unproblematisch und natürlich sich herstellen konnte. Die Argumentationsbestände der zweiten Kultur erhielten so wirksam ihre relative Eigenständigkeit als Deutungsmuster, die wir ja immer als Theorien der Alltagserfahrung betrachten. Sie wurden unter der Voraussetzung, daß politische Organisationen sich ihrer als tragende Deutungsformeln ihrer Programmatik bedienten, ständig von „unten“ durch die den Klassencharakter vergleichsweise unverstellt festhaltenden konkret-sinnlichen Alltagserfahrungen gestützt und für die Arbeiter plausibilisiert und konnten im Wechselverhältnis zugleich diese rohen Alltagserfahrungen begrifflich und gedanklich in der Folge strukturieren und differenzieren. Als solche konnten sie der Tendenz nach eine höchst wichtige Funktion der politischen Stabilisierung eines „latenten“ Klassenbewußtseins, das schon in der konkret sinnlichen Erfahrung des Proletariats vorgeprägt war und situativ in Streiks abrufbar war, übernehmen. Die zweite Kultur stellte so gesehen gewissermaßen die Argumentationshülse für die Interpretation der Alltagserfahrungen des Proletariats dar; ihre Eigenständigkeit ist darin zu sehen, daß sie die isolierten und unzusammenhängenden Partikel der Alltagserfahrung des Proletariats zu einer einheitlichen Deutung der Struktur der Gesellschaft zu organisieren vermag. Daß diese höchst wichtige Funktion der Stabilisierung und des Auf-Dauer-Stellens von partiellen Erfahrungen und situativen Einsichten in den hochindustrialisierten Ländern nicht zu einem revolutionären Ergebnis letztlich führte, kann gegen die Gültigkeit dieser These ebensowenig verwendet werden wie die technokratische Transformation des ursprünglichen Klassenstaates gegen die Marxsche Theorie. Im Gegenteil: Vieles läßt sich für das Argument anführen, daß gerade die Institutionalisierung der zweiten Kultur eine entscheidende Bedingung für die Transformation zum Sozial- und Wohlfahrtsstaat lieferte. In dem Maße, in dem sich das revolutionäre Potential des Proletariats in den Argumentationsbeständen der zweiten Kultur objektivierte, wurden Mechanismen der Transformation der

manifesten Klassendifferenzierung und damit der Entfaltung der gesellschaftlichen Formation der kapitalistischen Produktionsweise erzwungen.

Wir halten fest: Für den Bestand der zweiten Kultur etwa seit Ende des 19. Jahrhunderts sind zwei Momente des Verhältnisses zur Alltagserfahrung des Proletariats entscheidend: Zum einen wurde die Deutungskraft der Interpretationsmuster der zweiten Kultur durch den anschaulichen Klassencharakter des Arbeitslebens und der Arbeitskämpfe dem Proletariat immer wieder plausibel vorgeführt, zum anderen hätten von den Organisationen der Arbeiterbewegung ausgegebene alternative, den Klassenantagonismus kaschierende Deutungsformeln bei der Masse der Arbeiter angesichts der in der täglichen materiellen Not liegenden Anschaulichkeit der Klassengesellschaft kaum Überzeugungskraft gewinnen können.

Bei diesen empirischen Verhältnissen kann die systematische Funktion von soziokulturellen Deutungsmustern bei der Strukturierung und der politischen Umsetzung des Klassenkonflikts leicht übersehen oder zum Nebenproblem werden. Auf die Analyse dieser Funktionen kann scheinbar verzichtet werden, solange der das Handeln einer Klasse strukturierende Argumentationsgehalt der zweiten Kultur in den für alle Mitglieder dieser Klasse vergleichsweise gleichförmig gegebenen täglichen Lebensbedingungen anschaulich vorliegt. Dieser historisch kontingente Umstand ändert sich radikal, sobald die kapitalistische Klassengesellschaft im Zuge ihrer immanenten Transformation die unmittelbare Not der materiellen Lebensbedingungen erfolgreich abgebaut hat und allenfalls für gesellschaftliche Randgruppen bestehen läßt. Der konkret-sinnliche Charakter der Klassengesellschaft tritt immer mehr zurück, wird abstrakter. Ihn in der Alltagserfahrung in relativer Übereinstimmung mit einer kritischen Theorie der Gesellschaft kategorial festzuhalten, setzt auf der Seite der einzelnen Mitglieder der „Arbeiterklasse“ in demselben Maße ansteigend ein quasigesellschaftstheoretisch angeleitetes Reflexionsniveau voraus. Dafür ist seinerseits ein komplexes, zusammenhängendes politi-

sches Deutungsmuster nach dem Vorbild der zweiten Kultur unabdingbar: Es muß die bestehenden Verhältnisse kritisch erfassen, für jedes politische Tagesereignis griffige und prägnante Interpretationen liefern und jederzeit zum politischen System konkurrierende Interpretationen entwickeln können.

Somit kommt mit der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zum technokratischen Staat den soziokulturellen Strukturen, in unserem Verständnis den Deutungsmustern als Theorien des Alltagswissens, eine in zunehmendem Maße sinnfälligere und kritischere Funktion bei der sozialen, d.h. klassenmäßigen Strukturierung und politischen Umsetzung der Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft zu. Spiegelbildlich entsprechend wird das Verschwinden der Elemente einer zweiten Kultur bzw. der Abbruch der kontinuierlichen, mit der gesellschaftlichen Transformation selbst Schritt haltenden Entwicklung der ursprünglichen zweiten Kultur der Arbeiterbewegung als politisch zunehmend folgenreich anzusehen sein.

Die deskriptiv auf allen Gebieten nachweisbaren allgemeinen Technokratisierungstendenzen scheinen uns nun vor allem dies gemeinsam zu haben: das mit den Mitteln der Verwissenschaftlichung arbeitende vereinheitlichende Abschleifen von Wissensformen und Interpretationen, die an die unmittelbare Handlungspraxis der sozialen Gruppen anschließen, aus diesen Erfahrungen latent Gegenentwürfe schöpfen und als solche mit den „offiziösen“, legitimationseffizienten politischen Deutungsformeln zu konkurrieren vermögen. Eine „zweite Kultur“ kann sich von vornherein nicht mehr entfalten, nicht etwa, weil ihre Inhalte aufgrund ihres subversiven Potentials offen bekämpft und erstickt würden, soweit kommt es gar nicht, sondern schon vorher, weil ihre Deutungen aufgrund der technokratisch verkürzten szientifischen Standards von Geltung von vornherein erfolgreich desavouiert werden können (vgl. Habermas). Offene Kontroversen brauchen gar nicht erst aufzukommen. So gesehen, besteht aller Anlaß zu Pessimismus: Mit der Überwindung der offenen Klassengesellschaft klassischer Ausprägung durch die Steuerungsmöglich-

keiten des technokratischen Staates entstehen zugleich auf der soziokulturellen Ebene die Mechanismen der Erzeugung und Selektion von Erfahrung und Wissen, die den Erhalt oder den Aufbau von „subversiven“ Deutungsmustern verhindern, jener Deutungsmuster, die ihrerseits gerade zur politischen folgenreichen Alltagserfahrung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zunehmend erforderlich sind. In dem Maße, in dem politische Deutungsformeln einer zweiten Kultur zur Erfahrung des Klassencharakters der offene Widersprüche vermeidenden technokratischen Gesellschaft erforderlich sind, konstituiert die technokratische Gesellschaft zugleich - vor allem mit den Mitteln der Szientifizierung des Alltagswissens (vgl. Oevermann) - die Bedingungen der Destruktion konkurrierender Erfahrungsmodi und Deutungsmuster. Was wir im Auge haben, läßt sich überspitzt so ausdrücken: Während zu Marxens Zeiten der Klassencharakter der Gesellschaft offen zutage lag und die unmittelbare Erfahrung der materiellen Not die Kritik der Gesellschaft im Sinne alternativer Entwürfe latent enthielt, somit immerhin Gegenentwürfe gesellschaftlicher Entwicklung in der sozialen Realität selbst geboren wurden, besteht gegenwärtig, angesichts eines Entwicklungsstandes der Gesellschaft, in dem die unmittelbare Erfahrung der für sich genommen verbesserten äußeren Lebensbedingungen nicht mehr ausreicht, die Widersprüche in der gesellschaftlichen Formation der kapitalistischen Produktionsweise faßbar zu machen, in dem also zur Erfahrung dieser Widersprüche immer mehr eine durch Interpretationsmuster der zweiten Kultur angeleitete Reflexion notwendig ist, die Gefahr, daß mit der Destruktion einer zweiten Kultur diese Widersprüche endgültig erfolgreich kollektiv verdrängt werden, genauer gesprochen: die empirischen Voraussetzungen für die Entfaltung konkurrierender Entwürfe der gesellschaftlichen Entwicklung, wie sie nur noch die Argumentationsbestände einer zweiten Kultur liefern könnten, selbst verschwinden. Im Sinne eines self-fulfilling prophecy hätten die verhaltenstheoretischen sozialwissenschaftlichen Programme, die für die Szientifizierung der Alltagserfahrung und den bürokratischen Einsatz so geeignet sind, dann

erfolgreich an der Realitätseinengung mitgewirkt, für die dann nachträglich ihre falschen theoretischen Grundlagen, ihre falsche Konstitution des Erfahrungsgegenstandes richtig geworden wäre, weil die Voraussetzungen für eine alternative Richtung der Entwicklung der gesellschaftlichen Realität endgültig destruiert worden sind.

In diesem Zusammenhang sei nur angedeutet, daß die Erfahrungen der letzten 10 Jahre in der westlichen Welt eine Andeutung davon gegeben haben, inwiefern die Technokratie eben dadurch sich auszeichnet, daß sie die Ansätze der Gesellschaftskritik und der alternativen Lebensformen mit dem Moment ihrer Artikulation zum Ansatzpunkt der Absorption von subversiven Erfahrungen und Handlungspotentialen machen kann. Die Studentenbewegung scheint uns objektiv vor allem der täuschende Widerschein einer technokratischen Kulturrevolution gewesen zu sein, in der als Liberalisierung ausgegeben wurde, was tatsächlich die für die Erhöhung der technokratischen Fungibilität von Subjekten notwendige Destruktion von traditionalistischen, an die Existenz von partikularen Strukturen gebundenen Widerstandspotentialen war. Daß diese Traditionalismen auch einer objektiv progressiven Entwicklung im Wege gestanden hätten, sei hier nicht verkannt. Nur: Zur Bewahrung dessen, was an ihnen die zu bewahrenden Elemente von Entwürfen des guten Lebens waren, fehlten die politisch folgenreichen, außerhalb der Wissenschaften in den intermediären Gruppen verankerten Deutungsmuster.

Mit Offe, der in unserem Verständnis die im Sinne einer analytischen Aufschließung von Strukturen der Gegenwartsgesellschaft und ihrer Entwicklungstendenzen produktivsten Verlängerungen der Marxschen Theorie vorgelegt hat und von dessen strukturtheoretischen Betrachtungen wir für die weitere Untersuchung unserer These sehr viel erwarten dürfen, stimmen wir an dem einen, im folgenden zu kennzeichnenden Punkt nicht überein: Offe hofft - in unseren Augen zu optimistisch - auf das Anwachsen der Legitimationsprobleme des politischen Systems der spätkapitalistischen Gesellschaft als strukturellen Ansatz-

punkt für Erfahrungen, die letztlich Protestbewegungen motivieren, die ihrerseits den nucleus für das Entstehen einer politischen Aktionsfront und einer neuen zweiten Kultur abgeben könnten. Wo Marx für den gesellschaftlichen Entwicklungsstand der kapitalistischen Gesellschaft, die ihm vor Augen stand, als erfahrungshaltige Verbindung zwischen objektiver Strukturentwicklung und den das Handeln einer Klasse bestimmenden Bewußtseinsstrukturen, die die Offenheit der Theorie in die Bestimmtheit der Praxis überführen und den Prozeß der Emanzipation der Gattung vorantreiben, noch in der unmittelbar materiell erfahrbaren Verschärfung der Strukturkrisen annehmen konnte, setzt Offe die Erfahrung der Legitimationskrisen ein, die der Ausweitung der Funktionen des Staatsapparates, die ihrerseits aus der „Logik“ der kapitalistischen Entwicklung zwingend hervorgeht, immanent sind. Dieses Argument als solches bezweifeln wir nicht, nur, inwieweit es sich hier wirklich um folgenreiche Legitimationskrisen handelt.

Die Konzeption einer Krise als Legitimationskrise oder als Legitimationsdefizit setzt im Sinne unserer These die kognitive Wirksamkeit eines (die bestehenden) zusammenhängenden politischen Deutungsmusters, einer neuen „zweiten Kultur“ voraus, die Ziele, Leistungen und Entscheidungsfolgen des politischen Systems fundamental zu problematisieren und zu kritisieren vermag. Die Alternative wäre, für die Entstehung von Legitimationskrisen irgendwie invariante, historisch unspezifische Bedürfnisse, Triebspannungen oder Urteilskapazitäten als psychische Ausstattungen anzunehmen, die auf einen durch gesellschaftlich vorgeprägte Argumentationsstrukturen angeleiteten Konstitutionsprozeß nicht zurückgehen. Wir glauben aber, gerade gezeigt zu haben, daß der Verweis auf solche Trivialausstattungen des Einzelindividuums für die Marxsche Problemlage der fraglosen Erfahrbarkeit der sich materiell anschaulich äußernden Strukturkrisen ausreichte, nicht jedoch für eine gesellschaftliche Situation, in der die „Not des Lebens“ mit jenen Techniken der Naturbeherrschung zum Verschwinden gebracht worden ist, deren wissenschaftliche Erzeugungsbedingungen die methodologisch gerechtfertigte Verkürzung von Konzeptionen des „guten Lebens“ und damit die

Denunziation von der Reflexion, aus denen erst nicht-technokratische politische Deutungsformeln hervorgehen können, zur Kehrseite haben (vgl. Habermas und Marcuse). Da Legitimationskrisen anders als ökonomische Krisen per definitionem eine Diskrepanz zwischen Ist-Zustand und auf kritischer Reflexion beruhendem Soll-Zustand voraussetzen, schlägt in der spätkapitalistischen Gesellschaft das Verhältnis von objektiver Struktur und Bewußtseinsstruktur in gewisser Weise um: Die so bezeichnete Krise erzeugt nicht, wie noch in der manifesten dichotomen Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts, mit Sicherheit auf der Ebene der Alltagserfahrung Elemente des gesellschaftskritischen Bewußtseins, sie setzt dieses zu ihrer Entstehung jeweils schon voraus, jedenfalls in sehr viel höherem Maße als im 19. Jahrhundert.

Die von den Offeschen Analysen her zu erwartenden Legitimationsdefizite, denen objektiv kritische Motivationszustände auf der Seite der Subjekte korrespondieren sollen, können also zwingend nur ins Feld geführt werden, wenn der Nachweis des Bestandes einer neuen „zweiten Kultur“ geführt worden ist.

Für Legitimationskrisen ist die durch Interpretation und Reflexion eines gesellschaftskritischen Bewußtseins erzeugte Erfahrung von Ist- und Soll-Zustand konstitutiv, insofern sind Legitimationskrisen immer auch eine Funktion des Entwicklungsstandes des kollektiven Bewußtseins und der politischen Kultur jener gesellschaftlichen Gruppierungen, deren Positionen im gesellschaftlichen Produktionsprozeß und in der Strukturierung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise von der Art betroffen sind, daß die Wahrnehmung ihres so konstituierten objektiven Interesses im Ansatz den gesellschaftlichen Fortschritt objektiv zu konzipieren bestimmt ist. Selbstverständlich ist die soziale Manifestation der Legitimationskrise selbst dann wiederum als die zentrale Ausgangsbedingung für die politische folgenreiche Kristallisation von Erfahrungen und entsprechend von Organisations- und Aktionsformen anzusehen. Unsere These und zugleich unser Einwand gegen dieses eine Offesche Argument beschränkt sich zunächst auf diesen Hinweis: Daß die diese genannte Kristallisation herbeiführenden Legitimationskrisen überhaupt erzeugt

werden, setzt mehr nicht-triviale soziokulturelle bzw. auf der Ebene von politischen Deutungsmustern liegende Bedingungen voraus, als Marx zu seiner Zeit krisentheoretisch annehmen mußte. Wenn dem so ist, folgt daraus schließlich die allgemeinere Überlegung, ob nicht auf den gegenwärtigen Stufen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die ursprüngliche marxistische Betrachtung des Verhältnisses von Unterbau und Überbau, auf jeden Fall aber dessen orthodoxe Interpretation (vgl. die Kritik an Offe) selbst in ihrer Gültigkeit insofern historisch gebunden ist, als die zu Marxens Zeiten noch vermutlich umstandslos bzw. vermutlich dem „Überbau“ zurechenbaren „Faktoren“ der Ausgestaltung und Strukturierung des politisch folgenreichen Bewußtseins einer Klasse, eben die politischen Deutungsmuster, unter gegenwärtigen Bedingungen die zentralen Elemente der sogenannten objektiven Struktur selbst geworden sind und diesem Tatbestand gegenüber die Rede von Unterbau und Überbau zumindest solange unsinnig geworden ist, solange damit kulturelle Faktoren und Elemente von Sinnstrukturen zu bloßen Derivaten gemacht werden sollen.

Nun läßt sich unseres Erachtens zeigen, daß die Konstitution von Sinn auch im Marxschen Strukturbegriff schon immer mitgedacht und vorausgesetzt war. Wir können in allgemeiner Form hier auf dieses Argument nicht weiter eingehen. (Vorher: Sinnstrukturen, wie wir sie aufgefaßt haben, nämlich als objektive Strukturen und nicht ausschließlich als subjektive Reflexe, sind konstitutiv für soziale Strukturen, sie sind soziale Strukturen per se.) Ein Begriff von Sozialstruktur, der sich reifizierend auf die sogenannten objektiven, materiellen Lebensbedingungen beschränken würde, der von der falschen Unterscheidung von materiellem Substrat des Handelns und der Normativität sozialen Handelns lebt (vgl.. Ritsert), ist von vornherein soziologisch unbrauchbar. Im Rahmen einer solchen theoretischen Perspektive muß natürlich sowohl der Aspekt der soziokulturellen Elemente der Handlungsstruktur zum Epiphänomenon geraten als auch andererseits der Aspekt der materiellen Lebensbedingungen in einer unsoziologisch reifizierten Konzeption von externen Faktoren ge-

rinnen; im übrigen eine Betrachtungsweise, in die sich die nur oberflächlich in scharfem Gegensatz stehenden Positionen des Vulgärmarxismus und des Parsonianischen Strukturfunktionalismus mit jeweils umgekehrtem Vorzeichen bezüglich der Dominanz der beiden Faktorengruppen teilen. Ein brauchbarer Begriff von Sozialstruktur, in dem der obsoletere, an falsche Kontroversen von idealistischen und materialistischen Positionen gebundene Hiatus von „Real- und Idealfaktoren“ überwunden wird zugunsten einer analytisch-soziologischen Position, für die materielle Lebensbedingungen immer durch eine - allerdings erzwungene - Bedeutungszuweisung und Interpretation hindurch wirksam werden und andererseits Bedeutungen und Sinnzusammenhänge nicht den Status subjektiv-beliebiger Hervorbringungen haben, sondern objektive Strukturen sind, die auf das Individuum Zwänge und Widerstände ausüben, die denen dringlich-physikalischer Gegebenheiten gleichkommen, kommt auf diese Weise nicht zustande.

Daß wir bezüglich der historischen Entwicklung von einer relativen Zunahme des Stellenwertes politisch relevanter Deutungsmuster für die Genese eines kritischen Bewußtseins und die Grenze politischer Krisen, die objektiven Strukturkrisen folgen, reden konnten, darf auf der analytischen Ebene nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade von unserer Position aus gewissermaßen in retrospektiver Betrachtung auch für die Marxsche Perspektive auf die Praxis des Klassenkampfes die sinntheoretische Voraussetzung gilt, daß die politisch folgenreiche Erfahrung von objektiven Strukturkrisen, die sich in der Alltagspraxis des Handelns durchdrücken, an den Bestand von entsprechenden Interpretationsmustern gebunden ist. Um es in einer Metapher auszudrücken: Auf der einen Seite können wir sagen, daß zu Marxens Zeiten die in wesentlichen Punkten mit der Klassentheorie übereinstimmende Alltagserfahrung der Klassengesellschaft über die Reaktion des „Bauches“ gesichert war, der sich jenseits gewisser physiologischer Grenzen von Ideologie nichts mehr vormachen läßt, während auf der Entwicklungsstufe des Wohlstand sichernden technokratischen Staates der „Bauch“ als Wahrnehmungsorgan für die Krisenhaftigkeit der gesellschaftlichen

Entwicklung ausfällt und durch den reflektierenden Kopf und die kategorial angeleitete Empfindsamkeit der Psyche ersetzt werden muß. Auf der analytischen Ebene ist jedoch - und dies ist kein Widerspruch - festzuhalten, daß auch zu Marxens Zeiten nicht der „Bauch“ an sich den Klassencharakter gesellschaftlicher Praxis wahrnimmt und interpretiert, sondern seine „Leiden“ an den in den richtigen Kategorien denkenden Kopf abgeben muß, damit sie zu Erfahrungen des Klassenbewußtseins transformiert werden. Wir wollen damit sagen: Angemessene Interpretationen des objektiven Sinns von Strukturen praktischen Handelns waren schon immer, auch zu Marxens Zeiten, die notwendige Voraussetzung für eine klassenbewußte Deutung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. Aufgrund der offenen, „hautnah“ wahrnehmbaren materiellen Not, die zu Marxens Zeiten zwangsläufige Folge der empirischen Ausprägung dieser Widersprüche war, war in dieser historischen Phase die Konstitution klassenbewußter Interpretationsmuster im Proletariat vergleichsweise wenig problematisch: Sie lagen für den gesunden Menschenverstand auf der Hand und die Verhältnisse legitimierende Gegenideologien hatten wegen ihres auch ohne Reflexionsanstrengung leicht bemerkbaren geringen Realitätsgehalts vergleichsweise geringe Chancen. Entsprechend brauchte Marx, der die Relevanz von Deutungsmustern und Wissensbeständen auf der analytischen Ebene als Voraussetzung für die politisch folgenreiche Strukturierung des Klassenantagonismus grundsätzlich nie geleugnet hat, auf der empirischen Ebene diesen Faktoren wenig Aufmerksamkeit zu schenken. Auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des technokratischen Staates, der sich vor allem durch eine erfolgreiche Bewältigung der Probleme der Sicherung des unmittelbaren Überlebens und durch breite Distribution von materiellen Voraussetzungen des angenehmen Lebens auszeichnet, kommt dagegen den soziokulturellen Strukturen und Mustern der Deutung der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise nicht nur für die Genese von politischen Einstellungen, sondern auch für die Strukturierung der manifesten Klassenformationen Priorität zu: Nicht nur setzt die politisch folgenreiche Realisierung des

immer weniger unmittelbar anschaulichen und immer abstrakter werdenden Klassencharakters der Gesellschaft ein hohe Reflexionsniveau voraus, das theoretisch durch kategorial angemessene Deutungsmuster angeleitet werden muß, es kommt hinzu, daß bei zunehmendem Ausfall solcher Deutungsmuster die alternativen Gegenentwürfe des „guten Lebens“, die zu früheren Zeiten aus der sich aufdrängenden Kritik der offenen Widersprüche wie von selbst ergaben, ebenfalls ausfallen und damit Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung auch als Utopien nicht mehr gedacht werden können. Mit Offes analytischem Ansatz und gegen seine empirischen Prognosen können wir diesen Sachverhalt auch so ausdrücken: Die Perfektion und welthistorische Gefahr der Technokratie besteht darin, daß sie auf einer qualitativ erweiterten Stufe von Adaptionsleistungen die systeminternen selbstnegatorischen Mechanismen des Kapitalismus und damit die Chancen seiner Überwindung selbst aufhebt. (Hier die folgenden Anmerkungen:

1. Mit dieser Argumentation soll natürlich nicht unterstellt werden, die materielle Not des Lebens habe automatisch die Erzeugung gesellschaftskritischer Deutungen zur Folge. Dies wäre eine unhistorische Betrachtungsweise, die sich vorhalten lassen müßte, zu übersehen, daß vorkapitalistische Notsituationen für Großgruppen nur in seltenen Fällen zu fortschrittlicher Rebellion führten. Selbstverständlich ist unser Argument historisch in den Rahmen der Analyse der Strukturbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft eingespannt: Daß aus der materiellen Not des Proletariats die Übernahme von klassentheoretisch angemessenen Deutungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, also die proletarisch zweite Kultur entstehen kann, setzt die von der kapitalistischen Produktionsweise konstituierte antagonistische Wechselbeziehung zwischen Kapital und Arbeit und den darin sich gründenden Möglichkeiten der Ausweitung der gesellschaftlichen Produktion und Naturbeherrschung sowie den wiederum daraus resultierenden Veranschaulichungen von Entwürfen des Fortschritts voraus.

2. Wiederum kann historischer Zeitpunkt und Verlauf der Studentenbewegung zur Plausibilisierung unserer Argumentation dienen. Die Teile der politisch bewußten Studentenbewegung, die an Marx unmittelbar anschließen wollten, benutzten nicht zufällig an zentraler Stelle der Einschätzung ihrer historischen Rolle das Argument der „psychischen Verelendung“ als Analogon zur historisch überwundenen Bedingung der materiellen Verelendung. Sie waren dabei jedoch nicht genügend konsequent, insofern sie übersahen, daß eine psychische Verelendung anders als eine materielle Verelendung sich nicht auf der Folie von quasi-invarianten (körperlichen) Lebensbedingungen unterhalb eines bestimmten materiellen Niveaus mechanisch einstellt, sondern auf eine theoretisch sensibilisierte Selbstreflexion angewiesen ist. Die sich aus dem Bildungsbürgertum rekrutierende Studentenbewegung ist strukturell gesehen selbst der schlagendste Beweis dafür gewesen. Diese Ambivalenz von Momenten der strukturellen Abkunft theoretischer Hintergrundvorstellungen aus dem Bürgertum einerseits und von Reflexionsvoraussetzungen für die Politisierung des Klassengegengesatzes andererseits ist von der politischen Studentenbewegung nicht durchgehalten und theoretisch vermittelt worden. Die antiautoritäre Phase der Studentenbewegung läßt sich unter diesem Gesichtspunkt als direkter Ausdruck der veränderten Strukturierung des Klassencharakters der spätkapitalistischen Gesellschaft bewerten, insofern sie immerhin auf der Kraft symbolischer Akte und von Gegenentwürfen des guten Lebens jenseits der wohlfahrtsstaatlichen Sicherung der materiellen Lebensbedingungen vertraute. Die vermeintliche politische Überwindung der „Kinderkrankheiten“ der Studentenbewegung in den späteren Phasen der Dogmatisierung und „Verkaderung“, also die Denunziation der antiautoritären Phase als „bürgerlich“ und „idealistisch“, ist so gesehen objektiv ein Rückschritt im Prozeß der Entfaltung einer neuen zweiten Kultur gewesen: Die die Entwicklungsstufe der „technokratischen Gesellschaft“ tendenziell richtig artikulierenden Erfahrungen der antiautoritären wurden aus Gründen einer letztlich rückwärts gerichteten ideologischen Konsistenz wieder aufgegeben zugunsten

der dogmatischen Konformität mit alten Theorien der Arbeiterbewegung mit der Folge, daß der Prozeß der Artikulation und Explikation der wirklichen Alltagserfahrung wieder angebrochen, die soziale Realität nach dem Bilde einer vorgefaßten Theorie und nicht umgekehrt die Theorie zur Aufschließung der Realität „geformt“ wurde. Der mit der antiautoritären Bewegung möglicherweise eingeleitete Prozeß der Entfaltung einer neuen zweiten Kultur wurde damit im Namen einer vordergründig radikaleren Gesellschaftskritik gebremst und gleichzeitig damit die dringende Problematisierung der dogmatisch wieder eingesetzten Unterstellung, daß die gesellschaftliche Ausprägung des Klassenkonflikts nach wie vor von der Art sei, daß die alten Deutungsmuster der Arbeiterbewegung dafür angemessen seien. Auf diese Weise wurden die Elemente der früheren zweiten Kultur „nostalgisch“, ein Prozeß, der sich objektiv dem Muster der Technokratisierung insofern fügt, als diese Sinnprobleme immer rückwärts gewandt durch nostalgische Überhöhung von ehemaligen Entwürfen eines „guten Lebens“ unhistorisch zu realisieren tendiert. Hatte die Studentenbewegung in ihrer antiautoritären Phase das Problem unterschätzt bzw. gesellschaftstheoretisch nicht einzuordnen gewußt, das in der fehlenden Vermittlung von Entwürfen eines nicht nur materiell, sondern psychisch besseren Lebens (strukturell zwingend auf Erfahrungen unter Bedingungen bürgerlicher Privilegien aufgebaut) einerseits und der dazu im Widerspruch stehenden, notwendig mit technokratischen Elementen von Planung und Verwaltung durchgesetzten strukturellen Ausweitung der Teilhabe an gesellschaftlichen „rewards“ andererseits besteht, so fiel die spätere pseudo-marxistische Dogmatisierung (wie sie sich z.B. sozialwissenschaftlich an der plötzlichen Abkehr von der Frankfurter Schule niederschlug) weit hinter diese Stufe zurück: Ihre Art, die spezifischen Reflexions- und Theorieprobleme in der Erfassung der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen zu beseitigen, führte dazu, daß sich die Mitglieder dieser Bewegung eines Deutungsmusters bedienten, dessen strukturelle Korrespondenz in der Arbeiterschaft nicht nur klassentheoretisch höchst unproblematisch war, sondern dessen Aussagekraft

für die Erfahrungswelt der eigenen strukturellen Herkunftswelt nicht einmal zutraf und erschlichen war. In dieser doppelten Verelendung brachte sich die dogmatische Studentenbewegung dann objektiv doch insofern wieder als bürgerliche Erscheinungsform auf den Begriff, als sie damit der im moralischen Gewande auftretenden Arroganz der Bevormundung der Arbeiterklasse folgte, die die Bourgeoisie schon in früheren patriarchalisch-religiösen und sozialfürsorgerischen Hilfsveranstaltungen für die „Gefallenen“ dieser Welt immer gekennzeichnet hat.

3. Gerade bezüglich der Art und Weise, wie Probleme der psychischen Verelendung gegenwärtig gehandhabt werden, kann unser empirischer Einwand gegen die Hoffnung auf Legitimationskrisen und der Perfektionismus der Technokratie plausibel gemacht werden. Analog zu den durch revisionistische Reformstrategien von Teilen der Arbeiterbewegung mediatisierten Verbesserungen der materiellen Lebensbedingungen im Rahmen des kapitalistischen Systems selbst werden heute im Namen von Verhaltensmodifikationsprogrammen, ja selbst im Namen von Psychoanalyse (vgl. T. Moser) die vielfältigsten Vorschläge und Angebote für eine Ausweitung von psychotherapieartigen Veranstaltungen gemacht, die zu einer standardisierten, staatlich in Regie genommenen Pflege und Bearbeitung von Auswüchsen der „psychischen Verelendung“ führen, in einer Form, in der zwangsläufig die Einsicht und die Erfahrung des objektiven Sinns dieser Verelendungsprozesse verlorengehen muß oder sogar diese Veranstaltungen selbst die Struktur dieses Sinns nur noch reproduzieren. Diese gut gemeinte sozialpolitische Weitergabe von „Aufklärungswissenschaft“ in kleiner Münze führt als objektiv raffinierteste Leistung der Technokratie dazu, nicht nur - wie bei wohlfahrtsstaatlichen Verbesserungen der materiellen Lebenslage - Gegenstand und Randbedingung der Erfahrung gesellschaftlicher Realität harmonistisch zu verändern, sondern den Modus und die Geltungsstandards von gesellschaftlicher Erfahrung selbst. Unsere Grundfrage bleibt in diesem Zusammenhang also: Vermag das

institutionell abgesicherte Umsetzen von mit dem Anspruch auf Aufklärungswissenschaft auftretender Sozialwissenschaft in praktische Lebenshilfe das „psychische Elend“ zu beseitigen oder bedeutet diese szientifizierte Form der Beseitigung objektiv die Erhöhung des „psychischen Elends“ der Manipulation selbst und ist ihr Erfolg objektiv nichts als die manipulative Destruktion von Kategorien und Erfahrungstraditionen, auf deren Folie die strukturell induzierten Befindlichkeiten der Subjekte das objektive Maß an "psychischer Verelendung" als Erfahrung der Subjekte erst spiegeln kann?)

Aus unserer Argumentation folgt in unseren Augen theoretisch und methodologisch vor allem dies: In die klassentheoretische Untersuchung der gesellschaftlichen Entwicklung muß die Rekonstruktion von politisch relevanten Deutungsmustern und politischen Argumentationskulturen als unabhängige Wirkfaktoren und Parameter auf die Strukturierung der latenten Widersprüche der gesellschaftlichen Formation der kapitalistischen Produktionsweise aufgenommen werden. Diese Deutungsmuster und Argumentationsbestände, die eine politische Kultur ausmachen, haben nur bedingt etwas mit dem zu tun, was wir in den Sozialwissenschaften als subkulturelle Milieus zu bezeichnen gewohnt sind, die als den sozialen Schichten und Klassen korrespondierende soziokulturelle Lebenswelten gefaßt werden. Letztere bestehen unabhängig vom Grad der Organisation der Interessen und Traditionen solcher Milieus in intermediären Gruppen, die politische Kulturen ausmachen. Deutungsmuster und Alltagstheorien werden ohne eine Institutionalisierung von sinnentsprechenden Programmatiken politischer Interessenverbände und Parteien dauerhaft nicht existieren können, wobei zu beachten ist, daß sie mehr sind, umfassender sind als diese.

Politische Kulturen konstituierende Deutungsmuster sind also weder ohne Rest auf objektive Strukturbedingungen rückführbare Derivate noch bloße Kondensationen soziokultureller Traditionen auf politischer Ebene. An der bekannten Parkinschen These von der Bedeutung der in sich abgeschlossenen „working-class“ Subkultur für die politische Meinungsbildung der Arbeiter - einer These, die uns bei der Entwicklung unserer Argumentation stark beeinflusst hat - kann exemplarisch gezeigt werden, zu welchen Fehlern es führt, wenn die analytische Eigenständigkeit von dem, was wir „politische Kulturen“ genannt haben, übersehen wird. Zugleich wollen wir diese exemplarische Kritik zum Anlaß nehmen, einige theoretische Vorurteile in der bisherigen Diskussion über Arbeiter- und Klassenbewußtsein sowie über die Rolle und die Struktur solidarischen Handelns in der Arbeiterklasse zu problematisieren.

Grob vereinfacht geht Parkin in seiner These davon aus, daß die Kultur des „Konservatismus“ (in Großbritannien) dominant sei, u.a. weil sie die offizielle Ideologie der institutionellen Ordnung sei. Angesichts dieser von vornherein gegebenen Asymmetrie von konservativer und progressiver Ideologie wird für Parkin erklärungsbedürftig, aus welchen Gründen die „working-class“ Partei noch gewählt wird. Die Ursache dafür sieht Parkin in den in Großbritannien noch funktionierenden, in sich abgeschlossenen subkulturellen Milieus des klassischen Industrieproletariats: Die sowohl am Arbeitsplatz als auch in den statushomogenen Wohnquartieren geltenden Wertorientierungen und Verhaltensmuster der des subkulturellen Milieus der Unterschicht (vgl. für eine zusammenfassende Beschreibung Gutachten in Begabung und Lernen) weichen von den Interpretationen der dominanten Kultur ab, die für die individuelle Wahlentscheidung bestimmenden Orientierungen und „images“ des Konservatismus dringen bis zu den Mitgliedern stabiler working-class-Subkulturen nicht vor.

Für Parkin ist also die soziokulturelle Lebenswelt stabiler Arbeitermilieus so etwas wie ein Immunitätsschutz gegen die gesamtgesellschaftliche Dominanz des Konservatismus oder zumindest der Orientierungen, die eine Präferenz für bürgerliche Parteien bedingen.

Parkin's These ähnelt unserer These von den zwei Kulturen auf den ersten Blick: Was Parkin mit der Dominanz des Konservatismus bezeichnet, könnte man als das Ergebnis des Verschwindens der zweiten Kultur der Arbeiterbewegung, als das Ergebnis der Integration politischer Deutungsmuster verstehen, dazu Subkultur als Gegenkultur (zweite Kultur). Aber schon beim zweiten Hinsehen zeigt sich, daß Parkin's Argument auf der Folie unseres Ansatzes in mehrfacher Hinsicht ein Scheinproblem produziert. Der Kardinalfehler der Parkinschen Analyse besteht darin, die Ebenen von institutionell verankerten politischen Deutungsformeln und politprogrammatischen Argumentationsbeständen auf der einen und von soziokulturellen Lebenswelten subkultureller Milieus auf der anderen Seite auseinanderzuhalten zu haben.

Zwischen dem institutionell verankerten Konservativismus und der soziokulturellen Lebenswelt stabiler Arbeitermilieus kann es strenggenommen eine Relation der Asymmetrie nicht geben, weil beide Größen nicht miteinander vergleichbar sind, auf unterschiedlichen Analyseebenen liegen.

Der „Immunitätsschutz“ der stabilen Arbeitermilieus gegen die politischen Orientierungen der dominanten Kultur ließe sich in unserem Argument an die Stelle einer die unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiter politisch folgenreich artikulierenden zweiten Kultur setzen. So stünden die zwei Teilentsprechungen zwischen unserer Argumentation und der Parkinschen These innerhalb des Bezugsrahmens der letzteren in einem offenen Widerspruch zueinander. Parkin's These hätte, übersetzt man sie in unsere Argumentation, sowohl das Verschwinden als auch den Bestand der zweiten Kultur zum Inhalt.

Dieser Widerspruch kommt in der Parkinschen Analyse nicht zum Vorschein, weil darin die systematische Differenz zwischen den in intermediären Gruppen verankerten Argumentationsbeständen einer politischen Kultur und den soziokulturellen Lebenswelten des unmittelbaren Arbeits- und Wohnumlieus nicht gemacht wird. Er kann erst bemerkt werden, wenn zwischen die Analyseebenen der materiellen Lebensbedingungen und den das unmittelbare Alltagsleben ausmachenden soziokulturellen Lebenswelten die Ebene der den Interessenstandpunkt einer Klasse oder einer gesellschaftlichen Gruppe artikulierenden Struktur von politischen Deutungsformeln und Argumentationsbeständen systematisch in die Strukturbetrachtung eingezogen wird. Auf dieser Ebene erst läßt sich der Widerspruch in der These von Parkin offenlegen. Parkin tut so, als ob der politische Konservativismus, der gesellschaftlich dominant sei, und die soziokulturelle Lebenswelt von Arbeitermilieus, die dagegen einen Immunitätsschutz verbürgen, auf derselben Strukturebene lägen. Nur deswegen kann er für erklärungsbedürftig halten, daß ein hoher Prozentsatz von Wählern nicht die Partei der dominanten Ideologie wählt und die Erklärung dafür zugleich in der Stabilität

der von der dominanten politischen Kultur abweichenden „working class subculture“ suchen. Ebenso gut könnte man argumentieren, erklärungsbedürftig sei, warum Arbeiter nicht die deklarierte Partei der Arbeiter wählen, also die Entsprechung für den Normalfall halten, und Abweichungen davon damit erklären, daß die politische „Übersetzung“ der soziokulturellen Lebenswelt des Arbeiters in solchen Fällen nicht gelingt, weil entsprechende, für die Wahlentscheidung programmatisch relevante politische Deutungsformeln nicht zur Verfügung stehen.

So betrachtet, bemerkt man, daß Parkin's These in zwei Richtungen korrigiert werden muß: Zum einen ist zu fragen, inwieweit wir - auch für England - überhaupt davon ausgehen können, daß die als „Arbeiterpartei“ geltende Partei als „abweichend“, in unserem Bezugsrahmen gesprochen als Partei der zweiten Kultur wahrgenommen wird, denn dies ist ja eine Implikation der Parkinschen These. Zum anderen ist die Voraussetzung der Parkinschen Fragestellung, die Dominanz des Konservativismus selbst erklärungsbedürftig, sie kann nicht einfach wie bei Parkin postuliert werden. Schließlich muß ganz allgemein geklärt werden, über welche Mechanismen unmittelbare soziokulturelle Lebenswelten in politische Argumentationen transponiert werden, die Wahlentscheidungen motivieren.

Zunächst zum ersten Einwand: Parkin's Argument wird gegenstandslos, wenn nicht die den Arbeitern zugeordnete Partei ebenfalls als „abweichend“ in dem Sinne gilt, daß ihre Programmatik keinen Anspruch auf allgemeine Geltung erheben kann, sondern für Minderheiteninteressen zum Ausdruck bringt. Wird nämlich auch die Programmatik der „labour party“ als der dominanten politischen Kultur zugehörig wahrgenommen, als Bestandteil des politischen Systems, in dem ohnehin über die Köpfe der einfachen Leute hinweg entschieden wird, dann wird Parkin's Erklärungsproblem hinfällig, dann ist die Wahlentscheidung eine Entscheidung innerhalb des Bezugsrahmens der dominanten politischen Kultur. Wir haben zu zeigen versucht, inwieweit dies für westliche Demokratien mit hohem Integrationsdruck angenommen werden muß. Auch für Groß-

britannien wird diese Vermutung partiell zutreffen. Aber selbst wenn sie hier nicht gälte, muß man genauer betrachten, was denn „Abweichung“ hier heißen könnte. Würde nämlich die Arbeiterpartei als Interessenvertretung, als Partei, die eine zweite Kultur der klassischen Arbeiterbewegung repräsentiert, wahrgenommen, dann hätte in der Tat derjenige Arbeiter, der sie nicht wählen würde, als „Abweichler“ zu gelten. Die strukturellen Bedingungen, die zur Ausbildung einer solchen Parteienstruktur führten, verhinderten zugleich, daß eine bestimmte politische Kultur oder Ideologie gesamtgesellschaftlich dominant würde. Solange zwei antagonistisch zueinander stehende Kulturen die Parteienlandschaft bestimmen, ist die Rede von der Dominanz des Konservatismus unsinnig.

Diese Überlegungen führen zu der Frage über, was denn mit Dominanz Konservatismus überhaupt gemeint sein könne, und leiten damit zum zweiten Einwand über. Bei genauerer Betrachtung scheint sich hinter dieser Voraussetzung bei Parkin das Argument zu verbergen, daß die konservativen oder bürgerlichen Normen und Werte ein höheres Prestige genießen. Parkin scheint von der Vorstellung auszugehen, daß auf der einen Seite die Normen und Werte der Bourgeoisie auch in den Augen der Arbeiter das höhere Prestige und von daher das größere Gewicht besitzen, gewissermaßen die offiziöse politische Kultur ausmachen, und daß auf der anderen gewissermaßen eher resignativ als kämpferisch die Arbeiter gleichwohl sich selbst den für sie zuständigen Orientierungen ihrer subkulturellen Traditionen einfügen. Sollte dies zutreffen, dann ist damit indirekt wiederum die Differenz zwischen der Ebene politischer Deutungsmuster in Gesellschaft mit hohem Integrationsdruck und der Ebene der das Alltagsleben ausmachenden soziokulturellen Lebenswelt gemeint. Sollte jedoch mit Dominanz nur das höhere Prestige von Werten und Normen des Bürgertums gemeint sein, dann liefe das letztlich auf eine Tautologie hinaus, denn definitionsgemäß sind im Rahmen einer funktionalistischen Schichtungstheorie, die Parkin dann stillschweigend unterstellen müßte, diejenigen Werte und Normen dominant, die auch die Differenzierung von sozialen Positionen konstituieren.

Wichtiger ist jedoch im Rahmen des zweiten Einwandes, daß Parkin - außer im Falle der zuletzt aufgeführten Interpretation - die These von der Dominanz des Konservatismus selbst empirisch belegen und begründen müßte und zum erklärungsbedürftigen Problem machen müßte, von dem seine eigentliche Frage nur ein artifizielles Nebenprodukt ist. Parkin's Erklärung des politischen Verhaltens von Arbeitern steht und fällt mit dieser Voraussetzung. Parkin's Analyse gibt für sich genommen nichts her, denn positiv kann aus ihr nur gefolgert werden, daß Arbeiter in England - aufgrund der Dominanz des Konservatismus - eigentlich konservativ wählen müßten. Parkin kann nicht positiv erklären, warum Arbeiter „labour“ wählen, sondern nur, warum sie unter bestimmten Bedingungen nicht konservativ wählen, sich also „abweichend“ verhalten. Eine positive Erklärung für die Entscheidung der Arbeiter für die Arbeiterpartei läge auch bei Parkin erst dann vor, wenn er zeigen könnte, daß aus den Normen und Werten der soziokulturellen Lebenswelt der Arbeiter eine Präferenz für die Arbeiterpartei argumentativ sich zwingend ergäbe. Genau dies scheint Parkin zu meinen und genau darin liegt die unzulässige Vermischung der beiden Ebenen von politischen Argumentationsbeständen und von soziokulturellen Lebenswelten. Parkin's Argument ist nur unter dieser falschen Voraussetzung stimmig, es wird darin letztlich - wie im übrigen typisch für viele wahlsoziologische Betrachtungen - die Analyse der Wahlentscheidungen und Parteienpräferenzen von vornherein auf den Bezugsrahmen einer rein psychologischen Betrachtung affektiv-energetischer und emotionaler Dispositionen gemacht: Der analysierende Soziologe entlarvt die „wahren“, einfachen Motivationen der Wähler, denen die Möglichkeit einer rationalen, argumentativen Begründbarkeit ihrer Entscheidungen von vornherein strittig gemacht wird, gerade auch für den Fall, in dem sie die Partei wählen, die noch am ehesten ihre Interessen vertritt. Der Bezugsrahmen des Sozialwissenschaftlers reproduziert hier die manipulative Verkürzung von Wahlkampfpraktiken der Parteien auf theoretischer Ebene.

Denkt man das Problem, das Parkin vor Augen gestanden haben muß, zu Ende, dann kommt man um die Beantwortung der Frage nach den

Gründen für die Dominanz des „Konservativismus“ nicht herum. Wir haben diese in der vorliegenden Untersuchung in der Destruktion der zweiten Kultur, in der Vereinheitlichung und Integration der politischen Deutungsformeln und Argumentationsbestände gesucht. Dabei war die analytische Konstruktion der Eigenständigkeit dieser Ebene der Strukturbetrachtung entscheidend. Wir können jetzt sehen, daß unsere Einwände gegen Parkin letztlich immer wieder auf die Feststellung des Kardinalfehlers seiner Analyse hinaus laufen, diese Ebene nicht unterschieden zu haben. Bei näherer Betrachtung ist selbst Parkin's Erklärung dafür, daß Arbeiter erst unter der Bedingung, daß sie in der abweichenden traditionellen Subkultur der Unterschicht fest verankert sind, „labour“ gegen die Dominanz des „Konservativismus“ wählen, wird letztlich auch bei Parkin erst plausibel, wenn stillschweigend eine latente argumentative Verwandtschaft zwischen den Normen und Werten der Unterschicht-Subkultur und den politischen Deutungsformeln in der Programmatik einer das Erbe der zweiten Kultur der Arbeiterbewegung verwaltenden Arbeiterpartei unterstellt wird. Selbst Parkin's analytisch schief angesetztes Argument läßt die Notwendigkeit erkennen, eine eigenständige Ebene der Struktur von politischen Deutungsformeln in die Analyse einzuführen. Dies läßt sich durch folgende Betrachtung verdeutlichen: Parkin müßte angeben können, warum denn die Mitgliedschaft in einem stabilen Arbeitermilieu in besonderer Weise zur Wahl der Arbeiterpartei prädisponiert. Diese Frage erscheint auf den ersten Blick naiv. Trivialerweise, so wird man geneigt sein sofort einzuwerfen, werden diejenigen, die den Werten und Normen der Unterschicht am ehesten verpflichtet sind, auch am ehesten die Arbeiterpartei wählen. Aber derjenige, der so argumentiert, wird in große Verlegenheit geraten, wenn er angeben sollte, welche in den Normen und Werten der subkulturellen Milieus der Unterschicht enthaltenen Argumente und Interpretationen in den Programmatiken der Arbeiterparteien westlichen Zuschnitts dann wieder auftauchen und mithin eine argumentative Verbindung zwischen Mitgliedschaft in der Unterschicht und Loyalität zur Arbeiterpartei herstellen. Typischerweise verlegen sich die so argumentierenden Soziologen denn auch sehr schnell auf im Unterschichtmilieu verankerte

psychische Dispositionen zur Loyalität gegenüber den Zielen von Arbeiterparteien. Aber hier kommt man erst recht nicht weiter. Im Gegenteil: Historisch betrachtet läßt sich vieles dafür anführen, daß in den Zeiten, in denen Arbeiter fester verknüpfte Loyalität gegenüber und eine stärkere Identifikation mit der oder den Arbeiterparteien aufwiesen, sie zugleich auf der Ebene der psychischen Dispositionen und der das Alltagsleben strukturierenden Einstellungen in hohem Maße traditionalistische und dem Gehalt nach - bei politischer Betrachtung - reaktionäre Anschauungen vertraten, während sie gegenwärtig auf der einen Seite bezüglich der Bereiche des Alltagslebens und der Alltagsmoral aufgeklärtere und differenzierte Meinungen teilen, zugleich aber der offiziellen Arbeiterpartei sehr viel distanzierter gegenüberstehen. Die Gehalte der soziokulturellen Lebenswelt prädisponieren also weder argumentativ noch dispositiv umstandslos eine Loyalität gegenüber der Programmatik der Arbeiterpartei.

Parkin könnte schließlich drittens anführen und gemeint haben, daß „labour“ das „Image“ einer Arbeiterpartei trägt, die Interessenwahrnehmung der Arbeiterklasse symbolisch repräsentiert und von daher vom Arbeitermilieu als „seine Partei“ wahrgenommen wird und daß unter dieser Voraussetzung mit dem Grad der Verankerung im traditionellen Arbeitermilieu der Konformitätsdruck, „labour“ zu wählen, steigt bzw. die Präferenz für labour geradezu zum Symbol der Zugehörigkeit zum Milieu wird. Diese Hypothese ist sicherlich schlüssig, aber sie verweist eben letztlich auf die Bedeutung der politischen Deutungsformeln. Denn, so muß man sich fragen, warum sind Parteien, die als Arbeiterparteien gelten, dazu geworden. Doch wohl deshalb, weil sie irgendwann einmal vermittelt über die die zweite Kultur tragenden Organisationen und Verbände eine argumentativ stimmige Verbindung ihrer Programmatik zu den unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiter plausibel herstellen konnten. Wenn das heute nicht mehr vorliegt, wovon ja Parkin auch a priori ausgeht, dann ist das „Image“, als Arbeiterpartei zu gelten, davon zumindest ein symbolisch reduzierter, klischeehafter Rest. Es sind also,

um es auf eine kurze Formel zu bringen, nicht die Gehalte und Orientierungen der soziokulturellen Lebenswelt der traditionellen Arbeitermilieus als solche, die eine Präferenz für „labour“ bedingen, sie tun es nur insofern, als sie zusammen mit Parteipräferenz die Zugehörigkeit zum Milieu symbolisieren und diese Verknüpfung wiederum historisch-genetisch eine einstige argumentative Verknüpfung zur Voraussetzung hat.

Parkin hat sich gewissermaßen das falsche Erklärungsproblem ausgesucht. Er müßte nicht erklären wollen, warum immer noch Arbeiter Arbeiterparteien wählen, sondern er müßte erklären wollen, warum so viele Arbeiter die Arbeiterparteien nicht wählen und warum so wenige Angestellte und Beamte sich ihnen zuwenden. Er wäre dann viel eher auf das eigentliche Problem des Verhältnisses von soziokultureller Lebenswelt der Unterschichtmilieus und den darin enthaltenen Deutungsmustern, die das Alltagsleben unmittelbar betreffen, einerseits und der politischen Deutungsformeln, die die unmittelbaren Erfahrungen am Arbeitsplatz auf den Begriff ihres objektiven Sinn zu bringen vermögen, andererseits gestoßen.

Dieses Verhältnis ist nicht nur von Parkin falsch oder gar nicht gesehen worden, es ist überhaupt in der soziologischen bisher untergegangen, seien es nun Analysen von Arbeiterbewußtsein, die sich als marxistisch verstehen, oder seien es Subkulturuntersuchungen im Rahmen eines strukturfunktionalistischen Theorieverständnisses. Im folgenden sollen einige Aspekte dieser Problematik, die implizit in der Kritik an Parkin schon angeklungen sind, genauer beleuchtet werden.

Unsere Argumentation soll letztlich zeigen, daß man die Frage nach der Struktur oder dem Vorhandensein von Klassenbewußtsein nicht auf der Ebene der Analyse der soziokulturellen Lebenswelt von Unterschicht-Milieus beantworten kann, sondern nur auf der Ebene der Rekonstruktion von politischen Deutungsformeln und Argumentationsbeständen, die sich zu einer politischen Kultur eines interessenhomogenen Strukturaggregats zusammenfügen. Des-

halb sind Versuche, aus der Untersuchung und Rekonstruktion von „Normen und Werten“ des Unterschicht-Milieus und des Alltags darin sowie aus der Untersuchung der soziokulturellen Homogenität dieser Milieus, Schlüsse über die Struktur des Klassenbewußtseins zu ziehen, ebenso falsch wie die bekannten vulgärmarxistischen Kritiken am sogenannten „Subkultur“-Ansatz, die dessen Ergebnisse leugnen oder für irrelevant halten wollen, nur weil sie nicht zu unmittelbar klassentheoretisch verwertbaren Schlüssen führen. Beide Positionen übersehen gleichermaßen die systematischen Differenzen zwischen den genannten beiden Strukturebenen und damit auch, daß zwischen beiden Ebenen erhebliche Sinndiskrepanzen empirisch in der Regel bestehen.

Wenn im folgenden das Verhältnis von soziokultureller Lebenswelt des Unterschicht-Milieus und den Argumentationsbeständen der politischen zweiten Kultur genauer betrachtet werden soll, dann ist natürlich vorweg klarzustellen, daß es sich hier um den Versuch der Korrektur von Interpretationen eines Tatbestandes handelt, der selbst schon historisch ist: Weder können wir davon ausgehen, daß stabile Milieus des Industrieproletariats, wie sie etwa Parkin vor Augen hat, noch eine reguläre Gegenwarterscheinung sind (dementsprechende Quartiere im Ruhrgebiet, in Berlin, in Hamburg oder in Mannheim/Ludwigshafen müssen eher als Restinseln einer vergangenen Epoche gelten), noch hat die klassische zweite Kultur, wie wir zu zeigen versucht haben, außer in einigen insulierten Restformen Bestand gehabt. Gleichwohl müssen wir einige Probleme der Interpretation des historischen Verhältnisses der beiden Strukturebenen extensiver behandeln, weil wir hoffen können, daraus einige perspektivische Gesichtspunkte für die Einrichtung einer der Gegenwart angemessenen analytischen Perspektive erhalten. Parkin hat mit seinem Hinweis auf die Subkultur der „working class“ sich auf das in homogenen Vierteln wohnende und an Struktur gleichen Arbeitsplätzen vornehmlich der Großindustrie arbeitende klassische Industrieproletariat bezogen. Er kann sich dabei auf komplexe Deskriptionen dieser subkulturellen Milieus

stützen, wie sie vor allem für Großbritannien reichhaltig vorliegen (vgl. J.Klein,). Unter Subkulturen verstehen wir konkrete, von den strukturellen Lebensbedingungen her homogene Sozialquartiere, die als distinkte soziokulturelle Lebenswelten mit spezifischen Werten, Normen, Deutungsmustern und Alltagsgewohnheiten abgrenzbar sind und deren Mitglieder sich als einer identischen, von anderen abgrenzbaren Lebenswelt zugehörig erfahren. Typengleiche, konkrete Subkulturen können auf einer höheren Abstraktionsstufe als subkulturelles Milieu bezeichnet werden. Aus der Fülle von Einzeluntersuchungen, von denen die deskriptiv-qualitativen brauchbarer sind als die Standard-Einstellungs-Untersuchungen, läßt sich zwar grob vereinfacht, aber im hinreichen prägnanten Kontrast zu den verschiedenen subkulturellen Milieus der Mittelschichten ein zusammenhängendes Bild des komplexen subkulturellen Milieus der stabilen Unterschichten rekonstruieren. (vgl. U.Oevermann....) Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Forschungsmaterial für das Gebiet der BRD im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern große Lücken aufweist, die durch Extrapolationen von Ergebnissen aus anderen westeuropäischen Ländern heuristisch gefüllt werden müssen.

Es braucht hier nicht noch einmal ausgemalt zu werden. Noch einmal sei daran erinnert, daß es sich hierbei um die Rekonstruktion von subkulturellen Milieus handelt, die im Gebiet der BRD eher schon der Vergangenheit angehören und nur noch an wenigen in den technologisch hoch entwickelten Ballungsgebieten nur noch verblaßt anzutreffen sind. (Anmerkung: Wir wissen wenig über die diese traditionellen Formen von Unterschichtmilieus ablösenden Subkulturen, bzw. verfügen über kein interpretatorisch befriedigendes soziologisches Modell davon. Auch sozio-kulturellen Merkmale einbeziehende Thesen über die „new working class“ konstatieren eher negatorisch Abweichungen vom alten Muster als daß sie positiv die neue Struktur zu bestimmen vermögen (vgl. z.B. die am ehesten soziologisch argumentierende Typologie bei Look wood, Europ. Arch. Soc., 1964). Mit solchen Rekonstruktionen wird das Alltagshandeln solcher Milieus bezeichnet, das in sich gemessen an soziologischen Modellen rationalen

Handelns höchst inkonsistenten Maximen und Orientierungen folgen kann. Die bekannten klassentheoretisch beeinflussten Kritiken (Anmerkung dazu, Literaturhinweise, z.B. Deppe oder ?) haben es sich mit ihrem Vorwurf der Naivität zu leicht gemacht. Zum einen übersehen sie, daß auf dieser Ebene die Frage auch dem Klassenbewußtsein und nach Gesellschaftsbildern ohnehin aus analytischen Gründen nicht gestellt werden kann und daher der Vorwurf der Naivität erst dann träfe, wenn mit solchen Deskriptionen zugleich auch Aussagen über die Struktur und den Artikulationsgrad des Klassenbewußtseins intendiert wären (Dies ist allerdings tatsächlich insbesondere bei amerikanischen Soziologen bis heute anzutreffen, vgl. die in dieser Hinsicht außerordentlich undifferenzierte neueste Untersuchung von Laumann und , , in AJS,). Latent machen aber die Kritiker denselben Fehler aus der entgegengesetzten Richtung, wenn sie davon ausgehen, daß sich Klassenbewußtsein auch auf der Ebene, von Strukturen der Sozialbeziehungen im Alltagshandeln und von individuellen Motivkonstellation und Dispositionen direkt fassen ließe. Die Rekonstruktion der sozio-kulturellen Lebenswelten des Unterschichtmilieus hat in der Regel nicht den Grad der politischen Organisation und die Struktur des eine Klasse zugleich organisierenden Bewußtsein erfaßt, sondern Strukturen und psychische Repräsentationen des Alltagshandelns, damit in erster Linie auf der sozialpsychologischen Ebene der Betrachtung liegende Mechanismen und Randbedingungen, die für die konkrete Ausformung und empirische „Verbreitung“ von klassenbewußten Gesellschaftsbildern zwar entscheidend sind, jedoch zu deren Inhalten und Strukturen durchaus nicht in einer Eins-zu-eins-Korrespondenz stehen. - Zum anderen scheinen die Kritiken - und dies mag die zuvor monierte Vernachlässigung der Differenz zwischen den beiden Ebenen der Betrachtung motivieren - eine solche Eins-zu-Eins-Korrespondenz unterstellen zu müssen, weil sie in einem falsch verstandenen Engagement und einer falsch verstandenen Identifikation mit dem „proletarischen“ Lebensstil die Feststellung von Diskrepanzen zwischen der Ausformung des Arbeiterbewußtseins auf der sozialpsychologischen und auf der politischargumentativen Deutungsmusterebene für Verrat und Diffamierung der Arbeiterklasse halten und entsprechend verleugnen zu müssen.

(vgl. eine durchaus ähnlich unsoziologische, primär moralisch motivierte Parteinahme für die Unterschicht in der Kritik an der kompensatorischen Erziehung, speziell in ihrer sprachsoziologisch angesetzten Variante; vgl. dazu die Gegenkritik.....

In diesem Zusammenhang wäre auch zu prüfen, inwieweit nicht von vornherein schon strukturanaloge Vorurteile eingeführt und mitgeschleppt werden, wenn im Rahmen einer kritischen Theorie programmatisch eine „politische Psychologie“ angestrebt wird. Wir neigen zu der Vermutung, daß die psychologisch zu fassenden Mechanismen der Vorurteilsbildung und der Problemlösung wichtige Randbedingungen des politischen Handelns und der politischen Artikulation von objektiven Interessen darstellen können, daß aber ihre Kausalbedeutung in den „politischen Psychologien“ stark überschätzt wird. Es sollte sich inzwischen herumgesprochen haben, daß der paranoidautoritäre „Charakter“ ebenso gut Sozialdemokrat wie Faschist werden kann. Das „Politische“ umfaßt Strukturen von Herrschaft und argumentative Strukturen und Deutungsformeln über das, was legitime Konzeptionen des Gemeinwohls und was der Inhalt interessengebundener Konflikte sind, aber psychischen Strukturen und Mechanismen geht per se die Qualität bzw. Eigenschaft des „Politischen“ ab. Individuelles Handeln ist nur politisch, insofern es seinem objektiven und oder seinem intendierten Sinne nach eine Relation zu Argumentationsbeständen der zweiten Kultur aufweist)). Wir möchten den Nachweis führen, daß diese Verleugnung von Diskrepanzen zwischen den beiden genannten Ebenen daran hindert, eine entscheidende Bedingungsrelation in der Konstitution des Klassenbewußtseins der traditionellen Arbeiterbewegung zu durchschauen. Betrachtet man die sozio-kulturelle Lebenswelt der traditionellen Unterschichten ausschließlich auf der sozialpsychologischen Ebene der Erscheinungsweise und versucht man, die dort feststellbaren typischen Vorurteile, Einstellungen und Gewohnheiten in sinnähnliche Argumente zu übersetzen, so zeigt sich durchgängig, daß das typische Mitglied dieses Milieus, der typische Arbeiter alles andere als ein „progressiver“ oder fortschrittlicher Charakter war (Daß es immer eine Menge fortschrittlich argumentierender Arbeiter gegeben hat, kann hier überhaupt kein empirischer Einwand sein, solange nicht gezeigt werden kann, daß diese Art der Argumentation notwendig mit einer „fortschrittlichen“ und „AUFGEKLÄRTEN“ und „undogmatischen“ Persönlichkeitsstruktur gekoppelt sein muß): Vielmehr zeigen die Untersuchungsergebnisse relativ

übereinstimmend einen hohen Grad an Dogmatismus und Konvergenzdruck, eine eher punitiv-rigide Alltagsmoral vor allem bezüglich der Einhaltung von Sexualitäts- und Eigentumsnormen, einen starken Druck zur Anpassung und entsprechende Angst vor sichtbarer individueller Besonderheit, eher impulsive als reflexive Reaktionsbereitschaften und Formen der Problemlösung, niedrige Toleranzen gegenüber Andersdenkenden, vergleichsweise hohe Vorurteilsbereitschaften eher Angst als Souveränität im Umgang mit Behörden (Wir müssen gestehen, daß uns solche Ergebnisse nicht überraschen können. Angesichts der im Vergleich zu den Lebensbedingungen der Bourgeoisie stark reduzierten Entfaltungsmöglichkeiten der Persönlichkeit müßten andere Ergebnisse Verwunderung hervorrufen). Die typische Struktur der Sozialbeziehungen im Alltagsleben ist von partikularistisch-solidarischen Typus, also von hohem Konformitätszwang und einer auf affektive Sicherung ausgerichteten, kritische Distanz behindernden Identifikation mit den überkommenen Traditionen. Kritiker, die sich deshalb für Marxisten halten, haben solche und vergleichbare Beschreibungen und Diagnosen für bornierte, den Arbeiter diskriminierende bürgerliche Ideologie gehalten, indem sie darauf hingewiesen haben, daß sie in offenem Widerspruch zum Bild vom Arbeiter als dem klassenbewußten latenten Revolutionär ständen.

Genau das halten wir für einen folgenreichen soziologischen Irrtum. Wir gehen im Gegenteil davon aus, daß die genannten Merkmalskonstellation auf der sozialpsychologischen Ebene empirisch mit dem Grad der Artikulation des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft positiv kovariiert und von einem Widerspruch keine Rede sein, (Daß die genannten Kritiken hier einen Widerspruch sehen, dokumentiert nur einmal mehr die Neigung, Vorurteile und Dispositionen auf der sozialpsychologischen Ebene und prinzipiell supra-individuelle Argumentationsbestände des Bewußtseins einer Klasse auf derselben Ebene der Sinnrekonstruktion zu paraphrasieren, psychische und soziale Struktur ineinander verschwimmen zu lassen). Gerade diejenigen subkulturellen-Milieus, in deren sozio-kultureller Lebenswelt die oben angedeuteten typischen „Arbeiter“-Persönlichkeitsstrukturen sich entwickelten, waren zugleich diejenigen, in denen die Bereitschaft zur Partizipation an politisch folgenreichen Formen des Klassenkampfes hoch war. (Uns sind leider nicht historische

Untersuchungen oder gegenwartsnahe sozialwissenschaftliche Erhebungen bekannt, die diesen Zusammenhang aggregatsanalytisch von ihren Daten her direkt überprüfen lassen. Wir können sie nur indirekt plausibilisieren mit Hilfe der bekannten Subkultur-Deskriptionen aus England: Hogarth, Willmott and Young, Sperling, M.Kerr sowie mit dem Hinweis darauf, daß in Regionen mit hoher Kampfbereitschaft der Arbeiter zugleich ein hohes Maß an Traditionalismus vorzuliegen scheint, z.B. im südlichen, an die Gebiete mit stark ausgeprägten protestantischen Sektenwesen und tief verwurzelter katholischer Religiosität angrenzenden Ruhrgebiet).

Auf eine kurze Formel gebracht: Die Arbeiter des klassischen Unterschichtmilieus haben zugleich auf der einen Seite in undurchschaubarer, gewissermaßen durch Konditionierungsmechanismen aufgebaute Reaktion auf die restriktiven Lebensbedingungen eine Persönlichkeitsstruktur und Einstellungs- und Vorurteilmuster entwickelt, die zum Typus Bild des kritischen, politisch mündigen Subjekts in krassen Gegensatz standen, und auf der anderen Seite politische Aktionen möglich gemacht, deren objektiver Sinn und objektive Funktion die Emanzipation der Gattung und damit auch die Befreiung des Subjekts ist.

Dieser vermeintliche analytische Widerspruch löst sich auf, wenn wir den Mechanismus genauer betrachten, der diese reale widersprüchliche Bewegung antrieb: die Struktur und Funktion solidarischen Handelns. Die Struktur solidarischen Handelns stellt in unseren Augen das entscheidende Bindeglied, den entscheidenden „Umwandler“ zwischen der sozialpsychologischen Ebene der traditionalistischen, dogmatischreaktionären modalen Persönlichkeitsstruktur des Arbeiters und der klassenbewußt-fortschrittlichen Aktionen der Arbeiterklasse dar. Das Muster solidarischen Handelns über andere Strukturbedingungen induzierte individuelle Konkurrenz oder die Isolierung der Zielsetzungen unter denjenigen außer Kraft, die es als Gruppe von Individuen ähnlicher sozialer Lebenslage zu Aktionen mit gemeinsamer Zielsetzung vereinigt, in der Regel in Kampfstellung gegen Gruppen, Institutionen oder Instanzen mit höherer institutionell gesicherter

Sanktionsgewalt. Entsprechend verstehen wir unter „solidarischem Handeln“ in der Arbeiterklasse ein tradiertes verselbständigt Handlungs- und Beziehungsmuster auf der supra-individuellen Ebene, das in sozialen Konflikten zwischen Mitgliedern der Subkultur (bei lokalen Konflikten) oder dem subkulturellen Milieu der Arbeiterklasse (bei überlokalen und -regionalen Konflikten) und Strukturaggregaten bzw. Institutionen als Trägern antagonistischer Interessen primär abgerufen wird und von diesem strukturellen „Ursprungsort“ ausgehend allgemein in Notfällen von Mitgliedern der Subkultur Anwendung findet. Für unsere weitere Argumentation ist es wichtig das Folgende festzuhalten: Das Muster solidarischen Handelns ist auf der einen Seite trotz des genetischen Ursprungs in sich entfaltenden Klassenantagonismus der kapitalistischen Gesellschaft nicht fest mit inhaltlichen Handlungszielen verbunden, es kann sich als vergleichsweise unabhängige Struktur mit einer Vielzahl von inhaltlich durchaus divergierenden Handlungszielen verbinden, wenn diese nur von intermediären Interessenvertretungen oder im Rahmen von politischen Traditionen der Arbeiterklasse interpretieren lassen. Die Struktur solidarischen Handelns ist somit ein entscheidendes Medium der Transformation des Sinns politischer Argumentation in Aktion, der Gesellschaftstheorie in politische Praxis.

Zur anderen, sozialpsychologischen Seite hin setzt dieses Muster den für sich genommen durchaus unaufgeklärten, mehr emotional und aus dem Bedürfnis nach Akzeptiert-Werden heraus als reflexiv gestützten Anpassungs- und Konvergenzdruck voraus. Der damit zusammenhängende, und oft belegte, und in der kritischen Diskussion oft mißverständene geringe Individuierungsgrad der einzelnen Subjekte von Arbeitersubkulturen erleichtert die Ablehnung von verführenden Angeboten im Rahmen eines die Solidarität aufbrechenden Modells individueller Belohnungen und Konkurrenz. Die kurz beschriebenen Merkmale der modalen Persönlichkeits- und Beziehungsstruktur im subkulturellen Milieu der Unterschicht stellen, obwohl für sich genommen traditional und am status quo orientiert statt rational und fortschrittlich, notwendige Voraussetzungen für die Struktur solidarischen Handelns dar, das seinerseits als Träger von Aktionen im Dienste einer objektiv fortschrittlichen Politik, wie sie auf der Ebene der Deutungsmuster und Argumentationsbestände der

zweiten Kultur niedergelegt sind und öffentlich unter Anschluß an gesellschaftstheoretische Entwürfe und Traditionen der sozial-philosophischen Reflexion diskutiert und bearbeitet werden, zur Verfügung steht.

Die politische Strukturierung des objektiven Klassencharakters der Gesellschaft vollzieht sich diesem heuristischen Betrachtungsmodell nach in einem „widersprüchlichen“ Wechselverhältnis von Faktoren auf drei Ebenen. Auf der ersten Ebene haben wir die per se nicht politische und nicht politisierte, das Alltagsleben steuernde sozio-kulturelle Lebenswelt der Unterschichtmilieus so wie die daraus sich in Sozialisationsprozessen heranbildenden und täglich reproduzierten modalen Persönlichkeitsstrukturen. Sie konstituieren sich in der Objektivität der kapitalistischen Produktionsweise und sie stellen einen unbegriffenen Reflex auf deren Zwänge dar, unbegriffen, weil die Konstitutionsbedingungen des Subjekts zugleich die individuelle Reflexion auf dieses genetische Konstitutionsverhältnis systematisch verhindert oder zumindest restringiert. Auf der dritten Ebene stehen dem die politischen Deutungsmuster und Argumentationsbestände der zweiten Kultur gegenüber, die - übersetzbar in kritische Gesellschaftstheorie und durch sie rationalisierbar - in radikaler Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen deren Transformation in einer Richtung zum Inhalt haben, die bei theoretisch-philosophischer Betrachtung als Trajekt der Emanzipation der Gattung antezipiert werden kann und die überdauernd nur in der Verankerung in politischen Organisationen der Arbeiterklasse Bestand haben können. Auf der zweiten Ebene unterscheiden wir als unabhängigen Faktor die Struktur oder das Muster solidarischen Handelns, daß als subkulturspezifische Beziehungsform den äußerlich schroffen Widerspruch zwischen der rückwärtsgewandten Blindheit und dem geringen Grad der Explizitheit der sozio-kulturellen Lebenswelt und des individuellen Bewußtseins auf der ersten Ebene und den aufgeklärten Argumentationsstrukturen und gesellschaftstheoretischen Entwürfen auf der dritten Ebene vermittelt.

Die Struktur solidarischen Handelns ist somit gewissermaßen der Transportweg, auf dem unbegriffen, den objektiven Sinn des Klassen-

antagonismus gleichwohl verschlüsselnden unmittelbaren Erfahrungen und diese kumulierenden Traditionen an die theoretische Reflexion zur Entschlüsselung weitergegeben werden. Die in der zweiten Kultur umfaßten Deutungsmuster übersetzen gleichsam den objektiven Sinn der auf der Ebene der subjektiven Repräsentation und Reflexion selbst verkehrten Erfahrungen, Normen und Werte. Das solidarische Handeln ermöglicht erst diesen Übersetzungsvorgang, weil erst darin die unmittelbaren Erfahrungen der Individuen und der latent bleibende Klassencharakter der sozio-kulturellen Formen des Alltagslebens ihren objektiven politischen Charakter und ihre objektive politische Funktion erhalten, die selbst politisch explizit gedeutet werden müssen. Die politischen Deutungsformeln und Argumentationsbestände der zweiten Kultur werden so gewissermaßen zum Gefäß, in dem die unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiter logisch purifiziert und begrifflich organisiert werden. Aber natürlich bliebe dieser Prozeß folgenlos bzw. wären die politischen Deutungsmuster nicht wirklich unabhängige Strukturen, wenn nicht in entgegengesetzter Richtung wiederum über den Transportweg Struktur des solidarischen Handelns die Erfahrungen der Arbeiterklasse theoretisch formulierenden Argumentationsgehalte der zweiten Kultur in unmittelbare Aktion sich umsetzten.

Hieran lassen sich weitere Überlegungen zur Dialektik von gesellschaftlicher Theorie und Praxis anschließen. Unser Betrachtungsmodell zeigt, daß die unmittelbaren Erfahrungen des Proletariats und seine in den sozio-kulturellen Traditionen kumulierten Erfahrungen durchaus nicht zwingend ihren objektiven Sinn freigeben und zur Überwindung ihres Gegenstandes führen. Dazu ist der Bestand zusammenhängender und begrifflich organisierter politischer Deutungsmuster unabdingbar und diese können selbst in den Wissenschaften erst entstehen und außerhalb der Wissenschaften politisch folgenreich werden unter der Voraussetzung der Geltung und Operabilität der Struktur solidarischen Handelns. (Anmerkung: Wir behandeln hier nicht mehr die Frage, unter welchen spezifischen Bedingungen, warum die unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiter, wenn sie nur den skizzierten Übersetzungsprozeß durchlaufen, zur Kritik der Gesellschaft und zur kognitiven Überwindung ihrer Legitimationsgrundlagen

führt. Dies ergibt sich schlicht daraus, daß diejenigen, die zugunsten anderer an der Entfaltung ihrer Kräfte und Möglichkeiten bis zur Verelendung gehindert werden, trivialerweise das Recht auf ihrer Seite haben. Wer Privilegien gegen andere zu verteidigen hat, kann wie Marx überzeugend gezeigt hat, zur richtigen Explikation der Struktur seines Handelns notwendig nicht kommen.) Das Modell zeigt weiterhin: Die Struktur solidarischen Handelns geht genetisch aus den Bedingungen struktureller Restriktion von Individuierung in den subkulturellen Milieus der Unterschicht hervor. Zugleich fungiert es zwischen der ersten und zweiten Ebene als funktionales Äquivalent für individuelle Reflexion und Selbstreflexion, es stellt gewissermaßen das Medium der kollektiven Reflexion der Klasse dar. Dies muß näher erläutert werden.

Disposition der noch auszuführenden Teile des Exposés

I.c.5. Zur spezifischen Entwicklung in der BRD. Historische Besonderheiten bei der Ausformung des Zwanges zur Integration der politischen Deutungsmuster

- Reeducation und Faschismus-Bewältigung als Medium der Destruktion bzw. der Erosion von Traditionen der Arbeiterbewegung und von Entwürfen der „guten“ Gesellschaft konservativer Provenienz.

Stichwort: Amerikanisierung und Entideologisierung.

- Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften, Verhältnis zu politischen Parteien.

- Entwicklung der SPD zur Volkspartei. Die Entideologisierung im Godesberger Programm.

- Das Problem der Integration der Flüchtlinge und seine Folgen für die Legitimationsfunktion des Antikommunismus.

- Die Chancengleichheitsillusion der Währungsreform und die Einigungsformel der „sozialen Marktwirtschaft“.

- Beschwörungsformeln für das Zusammenrücken in der politischen Mitte: „Solidarität der Demokraten“ und „Formierte Gesellschaft“.

I.c.6. Kulturelle Indikatoren für das Verschwinden der zweiten Kultur

- Verschwinden der Traditionen von „Gegenkulturen“ (z.B. Proletkult zugleich: Versuche der Einführung von Arbeiterliteratur von „oben“, d.h. von Vertretern der ersten Kultur.

- Zur „Schichtneutralität“ von Konsumstandards und Prestigesymbolen Entdifferenzierung der symbolischen Einkleidung.

I.c.7. Die These vom Verschwinden der zweiten Kultur illustrierende Fälle

- Das Beispiel der Diskrepanz von erfolgreicher Betriebsarbeit und gleichzeitiger erfolgloser Parteiarbeit der DKP-Vertrauensleute im Ruhrgebiet (besonders: Hoesch)

- Pragmatismus der Arbeiterbildung in den Gewerkschaften

- Das neue SPD-Dilemma: Selbstverpflichtung zur Staatsräson und Nicht-Mobilisierung der Wähler

- Das Organisationsdilemma der SPD: Destruktion der Ortsvereine in ihrer Eigenschaft als „Politische Heimat“ für Arbeiter im Namen akademischer „Linksprogrammatische“.

- Das Kontrastbeispiel der schnellen Restitution der „zweiten Kultur“ in Portugal und Spanien nach der Lockerung bzw. Beendigung der faschistischen Diktatur.

- Die latente „Sozialdemokratisierung“ der KPI und der KPF.

- Warum die Sozialpolitik der SPD und ihre Programmatik sich so nicht als erfolgreiche Realisierungen einer parteispezifische Konzeption gesellschaftlicher Entwicklung an die „Basis“ „übersetzen“ lassen.

Exkurs: Beispielhafte Rekonstruktion eines für die Gegenwart tragenden Elements politischer Deutungsmuster: Die „technokratische“ Politik der SPD orientiert sich an der gesetzlichen Regelung der Vorsorge für alle möglichen Notfälle, d.h. durch regelhafte Verallgemeinerung der Vorsorgeleistungsbedingungen werden diese einklagbar, sie werden aber aus zwei wesentlichen Gründen nicht zum Bestandteil bzw. zur Chiffre mobilisierender politischer Programmatik. Zum einen erscheinen sie nicht als politisches Kontrastprogramm sondern als quasi-selbstverständlicher, politisch unspezifischer Ausfluß einer gesteigerten Verwaltungsrationalität, in bezug auf die eher umgekehrt allein die Mißerfolge politisch gedeutet und zugerechnet werden, die darauf beruhen, daß die bei gesetzlichen Regelungen aufgrund des universalistischen Geltungsanspruch notwendige Kontextfreiheit zu Verletzungen des „gesellschaftspolitischen Geistes“ der Bestimmungen in Einzelfällen führt, die nur durch eine selbst politisierte Kontrolle der administrativen Tätigkeit an der Basis aufgefangen werden könnte. Zum anderen ist vom Nutzen dieser Bestimmungen immer nur ein geringer Teil der Bevölkerung unmittelbar betroffen und bei einigen Maßnahmen (z.B. Krebsvorsorge-Untersuchungen) ist sogar der Nutzen aufgrund des Charakters der Bestimmungen selbst nicht mehr erfahrbar. Das frühzeitig Entdecken eines noch heilbaren Krebses nicht als Bedrohung und Gefahr, sondern als privilegierende Leistung im Vergleich zur ausgeschlossenen Möglichkeit des Todes bei Nichtentdeckung zu erfahren, setzt eine Abstraktionsleistung voraus, die von nur wenigen Individuen selbständig vollzogen wird, deren Vollzug aber dann erleichtert bzw. anschaulicher würde, wenn die Maßnahme durch Einbettung in politische Deutungsmuster in ihrem politischen Charakter auch im Alltagswissen präsent wäre.

Die CDU kann an dieser „Politik“, solange sie unpolitisch begründet wird, die Momente der „Kollektivierung“, der Stärkung von „Verbandsmacht“, der „Bürokratisierung“ und der Vergrößerung „staatlicher Zuständigkeiten“ kritisieren. Sie setzt an die Stelle der einklagbaren gesetzlichen Regelung mit dem Subsidiaritätsprinzip den Grundsatz nicht-staatlicher Selbsthilfe und christlicher Nächstenliebe. Sie ersetzt gewissermaßen die von ihr kritisierte Abhängigkeit des Individuums vom Staat der Anspruchsgesellschaft durch die Abhängigkeit der Leidenden und Armen von der christlich regulierten Generosität der Glücklichen und Reichen. Was in ihrer Kritik also als politische Alternative, als politische Deutungsformel erscheint, rationalisiert und verschleiert nur die politisch nicht thematisierte Voraussetzung der Legitimität von Ungleichheit. Die latent bleibende Programmatik kann wegen des Fehlens von Argumentationsbeständen der zweiten Kultur, die gewissermaßen selbstverständlicher Hintergrund der Interpretation von Einzelmaßnahmen sein

könnten, nicht entlarvend auf den Begriff gebracht werden. Die Verteilung der Rollen von Angriff und Verteidigung stellt so auf der Ebene der Parteien eine Perversion des strukturellen Klassenantagonismus dar.

II. Wissenssoziologische Vorüberlegungen: Szientifizierung des Alltagswissens als Moment technokratischer Entwicklung

a) Zum Zusammenhang von Strukturzwang zur Integration politischer Deutungsformeln und der semantischen „Verdünnung“ politischer Kategorien.

b) Zur Szientifizierung der Legitimationskriterien politischen Handelns und der daraus resultierenden expertenhaften Spezialisierung der „politischen Sprachspiele“.

c) Zur Szientifizierung des Alltagswissens und der daraus resultierenden Gefahr der Destruktion praktischer Erfahrung als Basis politischer Kritik.

spezifische Frage: Inwieweit destruiert die technokratische Szientifizierung des Alltagswissens auch tragende Elemente der Argumentationsbestände der ersten Kultur, bzw. inwieweit ist die technokratische Bewußtseinsstruktur eine zwingende Weiterentwicklung der ersten Kultur.

d) Zum Zerfall nicht-wissenschaftlicher Alternativen der Kommunizierbarkeit von Roherfahrung.

e) Anwendungsbeispiele für die wissenssoziologischen Vorüberlegung

- Szientifizierung des Alltagswissens durch Curricularisierung im Sozialkundeunterricht
- Die Restaurierung von Argumentationselementen der zweiten Kultur in Gestalt des akademischen Marxismus und der darin liegende Widerspruch
- Dasselbe am Beispiel der Einführung der Arbeitslehre
- Zum inneren Zusammenhang zwischen der semantischen Entgrenzung der „Kategorien des guten Lebens“ und der strukturellen Erweiterung von Teilhaberechten.

III. Spezifizierung der Untersuchungsfrage

a) Das spezifische Untersuchungsproblem im Schnittpunkt der unter I und II aufgeführten Vorüberlegungen

b) Rekonstruktion von dem Klassenantagonismus korrespondierenden „Roherfahrungen“ in der Verarbeitung von arbeitsplatzabhängigen konkreten Konflikten bei Arbeitern

c) Rekonstruktion von Elementen der ersten Kultur in der politischen Argumentation von Arbeitern

d) Untersuchung des Ausmaßes und der Ausformung des Bruches zwischen den konkreten „Erfahrungen“ und den politischen Deutungsformeln. Extrapolation der Folgen dieses Übersetzungsproblems für die politisch folgenreiche biographische Reorganisation und für die biographisch vermittelte Ausbildung eines Klassenbewußtseins

e) Analyse von Unterschieden in der Intensität und Ausformung dieses Übersetzungsproblems in Abhängigkeit von Variablen wie: Grad der gewerkschaftlichen Organisation, Position in der Betriebshierarchie, Arbeitsplatzsicherheit, Ausbildungsgrad, Parteienloyalität, Sozialgeschichte der Familie, Bezugsgruppenmitgliedschaft etc.

f) Rekonstruktion von technokratischen Überformungen des bürgerlichen Bewußtseins und von politischen Argumentationsbeständen der ersten Kultur

g) Entwicklung von spezifischen Methoden des Interviews im Rahmen der Fragestellung: Das Verfahren der konfrontativen Interviews

h) Begründung des empirischen Vorgehens:

1. Durchsicht der vorliegenden Interviews und Präzisierung der Untersuchungsfrage sowie Aufstellen von Typologien

2. Interviews mit Arbeitern, die nach den unter III.e genannten Kriterien selektiert werden; nach dem Konfrontationsverfahren und im Bezugsrahmen der im ersten Schritt vorgenommenen Rekonstruktionen von politisch relevanten Deutungsformeln

3. Analyse der neuen Interviews.

IV. Vorblick auf Typen des Verhältnisses von strukturinduzierter „Roherfahrung“ und Formeln ihrer politischen Interpretation

a) Bergmann Ralle: Manifeste Diskrepanz zwischen und politischem Bewußtsein in Begriffen der ersten Kultur.

b) Der Apathische: Indifferenz gegenüber dem Übersetzungsproblem (Fernmeldetechniker)

c) Der Kompulsiv-konformistische: Verdrängung von Roherfahrungen unter dem Konvergenzgebot der Deutungsformeln der ersten Kultur. (Busfahrer Kafka)

d) Der Traditionalist: Partikularisierung von strukturbedingten Erfahrungen, Ausblendung aus politischen Argumentationszusammenhängen durch privat-partikularistische Gegenentwürfe.

e) „Rechts“-technokratische Verleugnung der Diskrepanz von Erwartung und Arbeitsplatzrealität: Karosseriebauer Mahlau.

f) Der modernistisch-technokratische Sozialdemokrat oder die zukünftige Form des Klassenbewußtseins? Buchdrucker Pabst

V. Schlußdebatte:

- Wo sind heute die strukturellen Ansatzpunkte für die Ausformung „politischer Kulturen“ anzusetzen.
- Ist die Frage nach den Realisierungsbedingungen von Klassenbewußtsein selbst schon eine obsolet-romantische Frage? Ein pessimistischer Ausblick.
- Inwieweit können institutionalisierte Bildungsprozesse ein Reflexniveau als funktionales Äquivalent für die politische Rolle des Klassenbewußtseins sichern? Welche Probleme und Defizite im Bildungsprozeß des Subjekts resultieren aus dem Ausfall von Elementen der zweiten Kultur und inwieweit können sie prinzipiell durch die Institutionalisierung von Ausbildung im Namen kritischer Soziologie substituiert werden?

Exkurs zu: I. Gesellschaftstheoretische Vorüberlegungen

Von ähnlichen Problemen berichten z.B. auch Parkin (Parkin, Working-class Conservatives: A Theory of Political Deviance, BJS 18, 1967) und, wenn auch mit anderer Motivation und eher verdeckt, die Autoren Kahan, Butler, Stokes in ihrem Aufsatz „On the analytical division of social class“ (BJS 17,1966).

Parkin geht bei seinen Überlegungen davon aus, daß jede kapitalistische Gesellschaft in ihrem institutionellen Aufbau die Dominanz konservativer Werte sichert. Demgegenüber hat ein sozialistisches Wertsystem immer einen abweichenden Stellenwert, so daß eine Labour-Regierung immer gezwungen ist, gegen die regierungsunabhängigen konservativ ausgerichteten Institutionen zu regieren, was im übrigen zu ständigen Konflikten zwischen Spitze und Basis führt.

Parkin sucht nun nach einer Erklärung für den Tatbestand, daß 1/3 der Wähler, die der Working Class (WC) zugerechnet werden müssen, dennoch konservativ wählen. Die marxistisch inspirierte Erklärung des „falschen Bewußtseins“ hält er für ebenso unzureichend wie die letztlich psychologisch begründeten, die für konservatives Wahlverhalten, eine Haltung von Ehrerbietigkeit oder die Selbsteinschätzung als Middle Class (MC) heranziehen. Gestützt auf Untersuchungen, die in Arbeitersubkulturen abweichende Wertsysteme aufgedeckt haben, kommt er zu dem Schluß, die Labour Unterstützung in der WC sei von der aktuellen sozialen Dichte des subkulturellen Milieus abhängig. Demnach wird die individuelle Bindung an sozialistische Wertorientierungen nicht über die formale Klassenzugehörigkeit erreicht, sondern kovariiert mit der subkulturellen Abdichtung gegen die zentralen dominant konservativen Werte der Gesellschaft. Diese Abdichtung wird Parkin zufolge besonders von 2 subkulturellen Instanzen geleistet: Einmal von der kollektiven Erfahrung am Arbeitsplatz und zum anderen von der kollektiven Erfahrung der Subkulturzugehörigkeit im Wohnbezirk. Fehlt von diesen eine oder fehlen gar beide, was auf eine mehr oder minder starke Isolierung vom subkulturellen Milieu hinausläuft, wird der einzelne WC-Angehörige dem Einfluß der zentralen Werte massiver ausgesetzt und damit geneigter, konservativ zu wählen. Somit ist die Selbsteinschätzung als MC-Angehöriger, eine ehrerbietige Haltung, ein konservatives Wahlverhalten die Folge der Isolierung vom Erfahrungszusammenhang des Strukturaggregats.

Das wirft im hier interessierenden Zusammenhang die Frage auf, ob die Isolierung von der subkulturellen Absicherung und die damit

gegebene Veräußerlichung der Lebensumstände nicht ein ebenfalls „äußerliches“ Wahlverhalten nach sich ziehen, so daß man vermuten könnte, unterhalb der Argumentationen, die die Selbsteinschätzung als MC produzieren, ein nach wie vor bestehendes „innerliches“ WC-Bewußtsein zu finden, das aber im Argumentationskreis der zentralen keine strukturellen Entsprechungen findet, mithin sich von seinen originären politischen Deutungen abkoppeln und sich den neuen milieugebunden adaptieren muß. Die Übersetzung der Roherfahrung über terms der II. Kultur in politisches Handeln wäre dann unter der Bedingung der teilweisen bzw. gänzlichen Isolierung gestört respektive gebrochen - politisches Handeln jenseits der Roherfahrung wäre dann unter den äußerlichen Bedingungen der I. Kultur möglich.

Diese an sich trivial anmutenden Folgerungen erfahren aber eine unerwartete Verschärfung, wenn man die vorläufigen Untersuchungsergebnisse von Kahan, Butler und Stokes mit in Rechnung stellt. Die genannten Autoren gehen von dem methodologischen Problem der Schichtzuordnung aus, das sich im Rahmen von Untersuchungen des schichtspezifischen Wahlverhaltens insbesondere dann ergibt, wenn es darum geht, ambige Gruppen der MC oder der WC zuzurechnen, da dadurch das Phänomen des WC-Conservativism prozentual stark beeinflusst wird. Sie belegen die Relevanz ihrer Fragestellung mit einigen Beispielen, wobei sie sich eines sechsfach unterteilten Klassifikationsschemas bedienen, das aus der Marktforschung stammt und von ihnen, in dem sie interessierenden Bereich nämlich der Gruppe der non manual workers noch einmal differenziert wurde nach der Gruppe III (skilled or supervisory non manual) und der Gruppe IV (lower non manual). Die Gruppe IV, um die es im folgenden gehen wird, wird von den Berufsgruppen shop salesmen and assistants, policemen, caretakers lodging house keepers, street vendors, factory guards, waiters, telephone operators, non supervisory clerks, inspectors (transport) gebildet. Die Frage nach der subjektiven Einschätzung der Klassenzugehörigkeit wird in der Gruppe III mit 60% MC und 40% WC, in der Gruppe IV dagegen 32% MC und 68% WC beantwortet. Die Angehörigen der Gruppe IV halten sich also mit überwiegender Mehrheit für der WC zugehörig und unterscheiden sich auch in bezug auf andere Merkmale wie Lesegewohnheiten von der Gruppe III. Die Autoren folgern daraus, daß die Gruppe in Abweichung von der bisherigen Praxis in Zukunft im Bereich der WC zu führen sei, da davon ausgegangen werden müsse

der Klassenspezifischen Selbsteinschätzung entspräche auch das erwartbare Wahlverhalten. Überraschenderweise präsentieren die Autoren dann noch eine letzte Tabelle, in der die geäußerten Parteipräferenzen festgehalten sind. Für die Gruppe IV ergibt sich der erstaunliche Wert von 61% Parteiidentifikation mit der Conservative Party und lediglich eine Unterstützung von 39% für die Labour Party. War Parkins Interesse gewesen, für das konservative Wahlverhalten von objektiv der WC zuzurechnenden Wählern eine Strukturerklärung zu finden, so ist hier nach einer Erklärung für den Tatbestand zu suchen, daß sich 68% der Gruppe IV zwar für Angehörige der WC halten, aber dennoch nur 39% bereit sind der Labour Party ihre Stimme zu geben. Die Autoren bleiben eine Erklärung für diesen Sachverhalt schuldig.

Im Rahmen der hier von mir vertretenen These ist mit aller Vorsicht, da ich über das Zustandekommen der gegebenen Daten zuwenig weiß, zumindest folgende Interpretation des Sachverhaltes denkbar. In der angekündigten Verschärfung der Parkin'schen These ist zu vermuten, daß nicht nur die Isolierung von WC-Subkulturen die Übernahme der politischen Interpretationen der I. Kultur erzwingt, sondern daß offenbar bei auf der Oberfläche fortbestehender Selbsteinschätzung als WC-Angehöriger der Zusammenhang zwischen Selbsteinschätzung und Wahlverhalten auseinanderfallen kann. Das heißt, die Einschätzung der Klassenzugehörigkeit, die, wenn sie wie hier vorliegend ausfällt, zumindest nach herkömmlichem Verständnis eigentlich schon die Formulierung eines Klasseninteresses kategorial einschließt, ist bezüglich der politischen Inhalte so ausgedünnt, daß zwischen der subjektiven Einschätzung und einer inzwischen historisch gewordenen Form des zu vermutenden Klasseninteresses eine Bruchlinie verläuft, die objektives Interesse von subjektivem Motiv trennt, oder andersherum gesagt liegt für die Realisation des objektiven Interesses die entsprechende Argumentationskultur nicht mehr vor.

Diese Interpretation unterstreicht die eingangs behauptete Ungleichzeitigkeit der den Privatbereich strukturierenden subkulturellen Deutungsmuster insofern, als Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse im historischen Prozeß zu einer schicksalhaften Privatsache wird, die ihren ursprünglich systemtranszendierenden Impetus eingebüßt hat. Die Einschätzung der Klassenzugehörigkeit erweist sich damit als historisch langlebiger als die im Ursprungskontext

damit verbundenen politischen Inhalte, die der Transformation in historisch kürzeren Interpretationsintervallen unterliegen (In diesem Zusammenhang wäre die historische Entwicklung der Arbeiterbewegung und die der sie anleitenden wie ihr auch folgenden sozialistischen Theorie in ihrer gegenseitigen Verschränkung zu rekonstruieren).

Zudem kann von der aktuellen Lebenslage der Gruppe IV her vermutet werden, da sie im weitesten Sinne von Beschäftigten aus dem Dienstleistungssektor und nicht von wie auch immer qualifizierten Industriearbeitern gebildet wird, daß der Höhe des Einkommens bei der Selbsteinschätzung eine besondere Bedeutung zukommt. Der WC-Status ist dann zu einem taxonomischen Reflex auf eingeschränkte Konsumchancen reduziert (Diese Vermutung liegt m.E. auch wegen des Ursprungs des Klassifikationsschemas in der Marktforschung nahe). Ist aber die Zugehörigkeit zur WC letztlich eine von den Zugangschancen zum Markt abhängige Variable, ist die Selbsteinschätzung als WC-Angehöriger selbst schon Bestandteil der Interpretationsmodelle der I. Kultur, da die Antagonismen der Klassengesellschaft auf Disparitäten im sekundären Sektor zusammengeschmolzen sind.

Auf der anderen Seite läßt sich aus den Daten auch herauslesen, daß, wie eingangs behauptet, der Wurzel nach, wie verkümmert auch immer, Arbeiterbewußtsein unterhalb der Ebene politisch konservativen Handelns überdauern kann. Dies hängt natürlich nicht zuletzt mit dem Prozeß der Entideologisierung der Arbeiterparteien in westlichen Demokratien mit steigendem bzw. hohem Integrationsniveau zusammen (für England vgl. Moorhouse und Chamberlain, Lower Class Attitudes to Property. Aspects of the Counter-Ideology, Sociology 8, 1974).